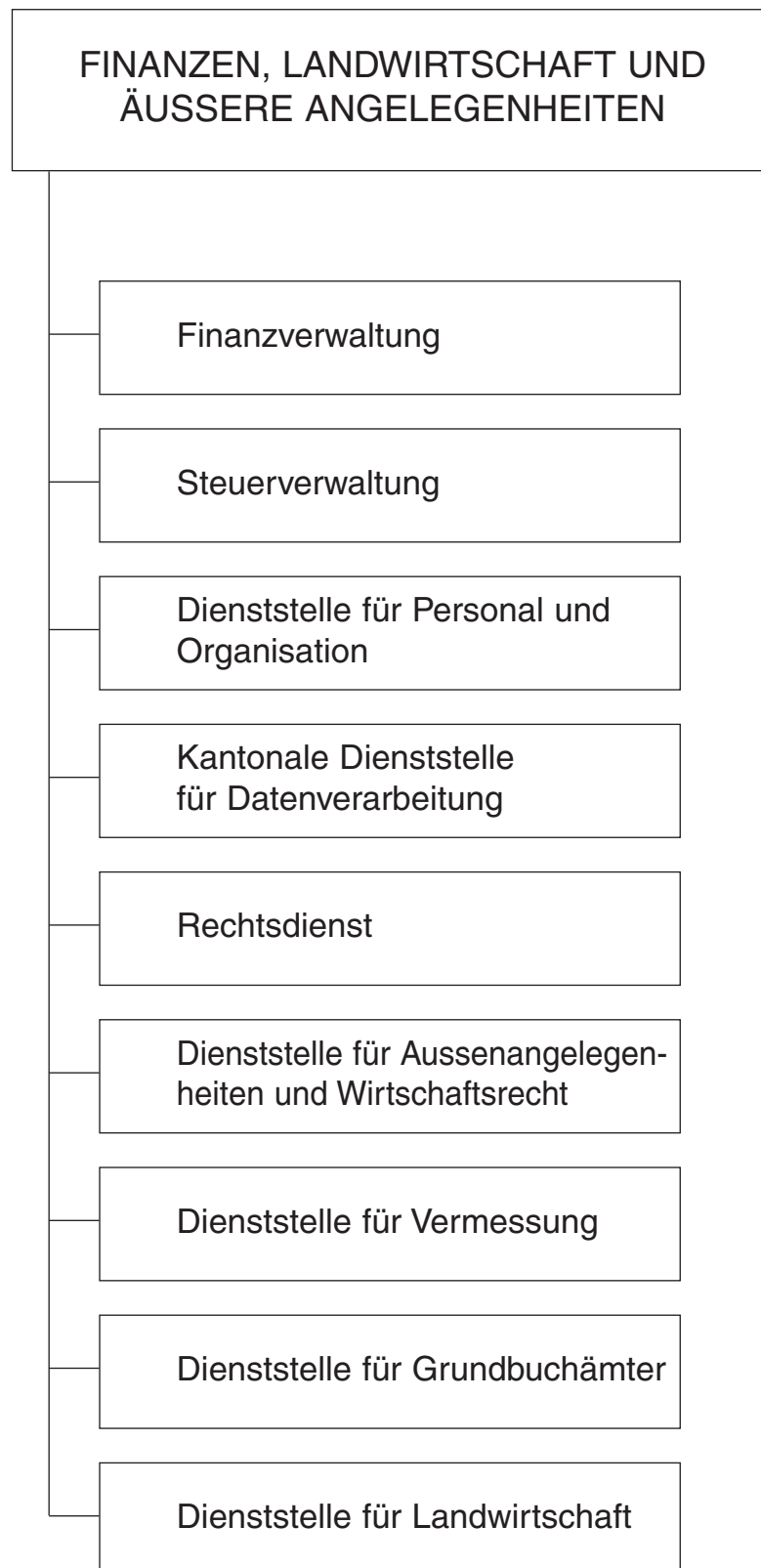


# **DEPARTEMENT FÜR FINANZEN, LANDWIRTSCHAFT UND ÄUSSERE ANGELEGENHEITEN**

**VERWALTUNGSBERICHT 2004**



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: WILHELM SCHNYDER  
STELLVERTRETER: JEAN-RENÉ FOURNIER**



## EINLEITUNG

Das Jahr 2004 war gekennzeichnet durch ein schwaches Wirtschaftswachstum und einen stagnierenden Arbeitsmarkt. Zusätzlich zur bereits starken Verschuldung stieg die Zahl der Aufgaben und Verpflichtungen der Gemeinwesen und insbesondere des Staates - die Suche nach Sparmöglichkeiten drängt sich umso mehr auf.

Die folgenden Projekte und Arbeiten (gegliedert nach Relevanz auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene), um die sich unser Departement im Besonderen gekümmert hat, bleiben deshalb nicht ohne Auswirkungen auf den Staatshaushalt.

### Steuern

Am 16.5.2004 wurde der Entwurf des Bundesgesetzes über die Änderung von Erlassen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentumsbesteuerung und der Stempelabgaben vom 20.6.2003 (Steuerpaket) abgelehnt. Regierung und Grosse Rat haben sich für die Ablehnung dieses Bundesentwurfs stark gemacht. Er hätte neben Einnahmeverlusten die Abschaffung der Besteuerung des Eigenmietwerts, aber auch den Verzicht auf den Abzug der Schuldzinsen auf nicht landwirtschaftlichen Gebäuden zur Folge gehabt.

Die Regierung hat sich dazu verpflichtet, Vorschläge zur Senkung der Steuern für Familien und KMU zu machen. Ein entsprechendes Dekret wurde dem Grosse Rat unterbreitet. Darin werden Steuererleichterungen von 41,6 Millionen Franken vorgesehen. Namentlich sind ein Kinderabzug von Fr. 250.- pro Kind und die Erhöhung des Ehegattenrabatts von 32 auf 35% vorgesehen. Im gleichen Dekret wird auch die Abschaffung der Steuerrabatte auf den Katastertaxen vorgeschlagen, mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Gebäude.

### Gewinne und überschüssige Goldreserven der Nationalbank (SNB)

Im Rahmen der Vorschläge zur Aufteilung der überschüssigen Goldreserven und der Gewinne der SNB zwischen Bund, Kantonen und AHV hat sich unser Departement für eine strikte Anwendung der Bundesverfassung eingesetzt und wird dies auch weiter tun. Diese sieht nämlich vor, dass ein Drittel dem Bund und zwei Drittel den Kantonen zufließen.

### NFA

Am 28.11.2004 wurde der Bundesbeschluss zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) vom 3.10.2003 angenommen. Unser Kanton hat diese Reform grundsätzlich gutgeheissen. Insbesondere geht es um die Entflechtung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen und die Einführung von nicht zweckgebundenen anstelle von mehreren bisher zweckgebundenen Bundessubventionen.

### Ausgaben- und Schuldenbremse

Der Grundsatz der doppelten Ausgaben- und Schuldenbremse wurde im gleichnamigen Gesetz vom 9.6.2004, welches am 1.1.2005 in Kraft trat, festgesetzt. Darin wird namentlich vorgesehen, dass der Staatshaushalt unter Vorbehalt einiger Ausnahmen einen Ertrags- und Finanzierungsüberschuss aufweisen muss. Im Weiteren wird festgelegt, wie bei Abweichungen zwischen Rechnung und Voranschlag zu verfahren ist.

### Abänderungen des FHG

Das Gesetz über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle vom 24.6.1980 wurde am 13.5.2004 abgeändert. Die Änderungen traten am 1.12.2004 in Kraft.

In erster Linie ging es um die Kompetenzregelung bei Ausgaben im Bereich der Verpflichtungs-, Zusatz- und Voranschlagskredite.

Eine weitere, grundlegende Reform des FHG, nämlich die Verankerung der Leistungssteuerung in der Gesetzgebung, wurde vom Parlament am 15.12.2004 beschlossen.

### Sanierung der Pensionskassen

Die Vorsorgekasse für das Personal des Staates Wallis (VPSW) und die Ruhegehalts- und Vorsorgekasse des Lehrpersonals des Kantons Wallis (RVKL) weisen äusserst hohe technische Fehlbeträge auf, für welche laut Gesetz eine Staatsgarantie besteht. Eine Arbeitsgruppe hat einen Bericht vorgelegt und einen Gesetzes-Vorentwurf in die Vernehmlassung geschickt, dessen Ziel die Erreichung eines Deckungsgrads von 100% im Jahr 2015 für beide Kassen ist. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde gemacht, indem im Voranschlag 2004 ein Betrag von 3.5 Millionen Franken und im Voranschlag 2005 ein Betrag von 16.5 Millionen Franken vorgesehen wurde.

### Interkommunaler Finanzausgleich

Der interkommunale Finanzausgleich bildet immer wieder Gegenstand von parlamentarischen Abänderungsanträgen. Eine Ad-hoc-Kommission hat ein neues Modell erarbeitet, welches sich wie das Modell des Bundes auf den Ressourcenindex als Indiz für die Steuerkraft der Gemeinden stützt. Die Ergebnisse der Vernehmlassung zeigen, dass die Einführung dieses neuen Modells noch weiterführende Untersuchungen bedingt.

### Gemeindegesetz

Das Gemeindegesetz vom 5.2.2004, welches am 1.7.2004 in Kraft getreten ist, lässt den Gemeinden zwar eine grosse Autonomie, sieht für diese aber auch neue Verpflichtungen im Bereich der Finanzführung vor.

Die kantonale Verwaltung muss ihrerseits vermehrt Unterstützungs- und Beratungsaufgaben in diesem Bereich wahrnehmen.

### Sanierung der Gemeinden

Das Programm zur Sanierung der Gemeinden wurde im Jahr 2003 als Hilfe für Gemeinden in prekärer oder hoch verschuldeter Finanzlage gestartet und sieht für die Jahre 2003-2005 die Aufnähmung eines Fonds von 30 Millionen Franken vor. Im Jahr 2004 wurde dieses Ziel verstärkt weiterverfolgt.

## Agrarpolitik

Der Reformrhythmus in der Agrarpolitik des Bundes nimmt stetig zu, insbesondere auf Druck der WTO und im Zuge der bilateralen Abkommen mit der EU. Am 1.1.2004 trat die Agrarpolitik AP 2007 mit ihren 40 Ausführungsverordnungen in Kraft. Der vom Bund gewollte Strukturwandel hat grosse Auswirkungen für das Wallis: Die Hälfte der Walliser Betriebe erhält vom Bund keine Strukturhilfen mehr.

Ein neues Massnahmenpaket mit dem Titel AP 2011 wird momentan vorbereitet. Hier ist ein grosser Druck feststellbar, der auf die Streichung jeglicher Unterstützung für kleine Betriebe abzielt. Eine solche Massnahme hätte in Bezug auf die Bewirtschaftung unserer Region äusserst schwerwiegende Folgen. Die Unterstützung von kleinen Betrieben kostet die öffentliche Hand nur wenig, erlaubt aber die Gewährleistung des wirtschaftlichen, sozialen und umweltrelevanten Gleichgewichts für ganze Berggebiete. Deshalb müssen die kleinen Betriebe unbedingt weiterhin unterstützt werden.

## Äussere Angelegenheiten

Die Tätigkeit des Departements in diesem Bereich konzentriert sich im Wesentlichen auf die Dossiers des Bundes. Ausserdem ist das Departement in interkantonalen und grenzübergreifenden Organisationen tätig, welche die Nutzung von Synergien und die Verwirklichung von verschiedenen Projekten zum Ziel haben.

Die Schaffung eines nach aussen gerichteten Beziehungsnetzes wird je länger je wichtiger. Praktisch alle Bereiche unseres täglichen Lebens, insbesondere der Wirtschafts- und Bildungsbereich, sind in weitem Masse abhängig von Entscheiden, die ausserhalb des Kantons gefällt werden.

**Der Vorsteher des Departementes für Finanzen,  
Landwirtschaft und äussere Angelegenheiten**

Wilhelm Schnyder

# ALLGEMEINE VERWALTUNG

## Personal

Dienststelle	Anzahl Etablierungen
Finanzverwaltung	46.50
Steuerverwaltung	136.55
Dienststelle für Personal und Organisation	9.00
Kantonale Dienststelle für Datenverarbeitung	28.75
Rechtsdienst	3.50
Dienststelle für Aussenangelegenheiten und Wirtschaftsrecht	5.90
Dienststelle für Vermessung	11.00
Dienststelle für Grundbuchämter	16.90
Grundbuchämter	36.70
Dienststelle für Landwirtschaft	102.69
<b>Total</b>	<b>397.49</b>

## Parlamentarische Vorstösse

### Motionen

- 1.426 Motion der DC-Gruppe Unterwallis, durch Hrn. Grossrat Maurice Tornay, betreffend Rechnung und Verwaltungsbericht (06.05.2003)

*Motion als verwirklicht betrachtet, Februarsession 2004*

Mit dieser Motion wird die Änderung des FHG hinsichtlich einer Vorlage der Rechnung in der Junisession des folgenden Jahres gefordert. Der Staatsrat teilt diesen Standpunkt und hat Artikel 27 im Rahmen der Revision des FHG geändert.

- 1.428 Motion der radikalen Gruppe, durch Hrn. Grossrat Albert Bétrisey, betreffend kantonales Gesetz über die Pensionskassen des Staates Wallis (07.05.2003)

*Motion im Sinne der Antwort angenommen, Maisession 2004*

Mit dieser Motion wird der Staatsrat aufgefordert, die nötigen Gesetzesgrundlagen für die Vorsorgeeinrichtungen des Kantons zu schaffen. Die Motionäre weisen auf die Notwendigkeit einer Verstärkung der Kapitalisierung der Kassen hin und schlagen die Schaffung einer neuen Kasse durch die Fusion der VPSW und der RVKL vor. Der Staatsrat hat eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe gebildet, deren Bericht in die Vernehmlassung geschickt wurde. Die Ergebnisse dieser Vernehmlassung wurden einer Expertengruppe unterbreitet, deren Schlussfolgerungen im Frühjahr 2005 auf dem Tisch liegen dürften und von den betroffenen Instanzen geprüft werden.

- 1.448 Motion der DC-Gruppe Unterwallis, durch Hrn. Grossrat (Suppl.) Jean-Yves Gabbud, betreffend dringliche Massnahmen zugunsten der Pensionskassen des Staates Wallis (11.05.2004)

*Motion teilweise in Form eines Postulats angenommen, Oktobersession 2004*

Mit dieser Motion wird der Staatsrat aufgefordert, die nötigen Massnahmen für einen Übergang der Pensionskassen vom Leistungs- zum Beitragsprimat zu ergreifen. Der Staatsrat bekräftigt seinen Willen, dem Grossen Rat innert nützlicher Frist den Entwurf eines Rahmengesetzes zur Verbesserung der Finanzsituation der beiden Vorsorgeeinrichtungen zu unterbreiten. Bei dieser Gelegenheit wird auch die Frage des Übergangs zum Beitragsprimat geprüft.

- 1.449 Motion der DC-Gruppe Unterwallis, durch Hrn. Grossrat Stéphane Marquis, betreffend Sanierung der Pensionskassen des Staates Wallis (11.05.2004)

*Motion teilweise angenommen soweit sie die VPSW und die RVKL betrifft, Oktobersession 2004*

Mit dieser Motion wird der Staatsrat im Wesentlichen aufgefordert, einen Änderungsentwurf des FHG hinsichtlich der Sanierung der Vorsorgekassen zu unterbreiten. Anlässlich der Entwicklung erklärten die Motionäre allerdings, dass die Erarbeitung eines Spezialgesetzes, das sich ausschliesslich mit den Vorsorgeeinrichtungen befasst, vorzuziehen wäre. Wie bereits in Beantwortung der Motion 1.448 erwähnt, verfolgen der Bericht und der Vorentwurf der Ad-hoc-Arbeitsgruppe das gleiche Ziel wie die Motion. Zudem wird in diesen Dokumenten eine Reihe von Massnahmen näher beleuchtet, die sich weitgehend mit den in der Motion aufgeworfenen Punkten decken. Der Entwurf eines Rahmengesetzes wird dem Grossen Rat innert nützlicher Frist unterbreitet.

- 1.429 Motion der radikalen Gruppe, durch Frau Grossrätin (Suppl.) Sonia Métrailler betreffend Steuererleichterungen (07.05.2003)

*Motion angenommen, Novembersession 2004*

Mit dieser Motion wird eine neuerliche Revision des Steuergesetzes hinsichtlich der Einführung konkreter Steuererleichterungen für möglichst viele Steuerpflichtige gefordert. Zudem soll ein Koeffizient für die Kantonssteuern eingeführt werden, der eine raschere Anpassung der Steuerlast an die realen Bedürfnisse und die konjunkturelle Entwicklung ermöglicht. Der Staatsrat hat unlängst einen Dekretsentwurf angenommen, der eine Reihe von Erleichterungen für natürliche Personen und Kapitalgesellschaften vorsieht. Diese Vorschläge werden demnächst dem Grossen Rat zur Beratung unterbreitet.

- 1.442 Motion der radikalen Gruppe, durch Frau Grossrätin Brigitte Diserens, betreffend Änderung des Steuergesetzes (04.03.2004)

*Motion teilweise angenommen, Novembersession 2004*

Die Motionärin fordert die Einführung von Steuerrückvergütungen für jene Steuerpflichtigen, die ihr Objekt über eine Immobilienagentur während einer bestimmten Anzahl Jahre zur Vermietung anbieten. Mit diesem Vorschlag soll dem Phänomen der „geschlossenen Fensterläden“ begegnet werden. Es ist jedoch fraglich, ob dieses Ziel erreicht werden kann, da die Gründe für eine Nichtvermietung vielfältig sind. Zudem stellt dieser Vorschlag eine Verletzung des verfassungsmässigen Grundsatzes der Eigentumsgarantie dar. Überdies steht der vorgeschlagene Abzug nicht im Einklang mit dem Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, da diese Art von Abzug in keiner Bestimmung vorgesehen ist. Die Motion wird also nur in dem Sinne angenommen, als dass eine Lösung des fraglichen Problems anzustreben ist, nicht aber, was die Vorschläge in Sachen Steuerrückvergütungen anbelangt.

### Postulate

- 1.425 Postulat der Herren Grossräte Albert Arlettaz und Yves Bagnoud betreffend: «Nehmt von den Armen, denn sie sind zahlreicher!» (02.04.2003)

*Postulat angenommen, Aprilsession 2004*

Mit diesem Postulat wird eine Steuerbefreiung für Turn-, Sport-, Musik- und Gesangsvereine, usw. gefordert. Der kantonale Gesetzgeber hat in der Anwendung des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden kaum Handlungsspielraum. Er muss die im Bundesgesetz vorgesehenen Steuerbefreiungen ins kantonale Gesetz übernehmen und hat von neuen Steuerbefreiungen abzusehen. Die

Steuerbefreiung stützt sich auf den Begriff der ausschliesslichen Gemeinnützigkeit, welche die Erfüllung von zwei Bedingungen voraussetzt: die Verfolgung des Allgemeininteresses und die Uneigennützigkeit. Dies ist bei den im Postulat genannten Vereinen nicht der Fall.

- 1.436 Postulat von Hrn. Grossrat (Suppl.) Stefan Andenmatten und Konsorten betreffend Staatsdienste (04.11.2003)

*Postulat angenommen, Septembersession 2004*

Mit diesem Postulat wird der Staatsrat aufgefordert, die Dienststellen von internen oder externen Experten unter dem Gesichtspunkt der erbrachten Leistungen und allfälliger Reorganisationen analysieren zu lassen. Die Strukturen und Prozesse der verschiedenen Organisationseinheiten der Kantonsverwaltung werden regelmässig analysiert, um allfällige Synergiepotentiale aufzudecken. Die Schaffung von neuen Stellen wird durch die Anwendung und Ausführung der neuen vom Gesetzgeber verabschiedeten Gesetzesgrundlagen bestimmt. Wie von der Geschäftsprüfungskommission vorgeschlagen, sollten die Auswirkungen der Gesetze und Reglemente auf die Personalentwicklung beim Staat systematisch geprüft werden. Im Rahmen der Arbeiten der Kommission «Strukturelle

Massnahmen» wurden sämtliche Dienststellen gebeten, ihre Leistungen zu analysieren und aufzuzeigen, welche Leistungen von Gesetzes wegen erbracht werden müssen und welche reduziert, ausgelagert oder gestrichen werden können. Die im Postulat geforderte Analyse der Dienststellen ist also im Gange.

- 1.441 Postulat von Hrn. Grossrat Werner Lagger betreffend Aufhebung der Verordnung über die Veröffentlichung des Erwerbs von Eigentum an Grundstücken vom 13. Oktober 1993 (02.03.2004)

*Postulat angenommen, Novembersession 2004*

Mit diesem Postulat wird der Staatsrat aufgefordert, die Verordnung über die Veröffentlichung des Erwerbs von Eigentum an Grundstücken aufzuheben. Der Kanton Wallis hat diese Verordnung am 1.1.1994 in Kraft gesetzt. Da es der geänderte Artikel 970a ZGB, der voraussichtlich am 1.1.2005 in Kraft tritt, den Kantonen freistellt, eine solche Veröffentlichung vorzusehen, ist der Staatsrat der Ansicht, dass diese Verordnung aufgehoben werden kann, zumal die Veröffentlichung kostspielig und eigentlich auch überflüssig ist, da der Verkaufspreis nicht veröffentlicht wird.

## FINANZVERWALTUNG

### Hauptbuchhaltung

#### Abschluss der Staatsrechnung

Der Abschluss des Jahres 2003 wurde zum fünften Mal mit SAP gemacht. Die Einführung von Abschlussdossiers mit den aufgeführten und zu tätigen Aufgaben brachte eine merkliche Verbesserung mit sich und stellte die fristgerechte Erarbeitung der Botschaft und der Rechnung sicher.

#### Verwaltung der Tresorerie

Auf dem Kontokorrent des Kantons sind im Jahr 2004 Transaktionen im Gesamtwert von 7,684 Mia. Franken ausgeführt worden.

#### Verwaltung der Verwaltungsschuld

61 kurzfristige Anleihen sind zu einem mittleren Satz von 0,6050% und für einen Gesamtbetrag von rund 1,564 Mia. Franken abgeschlossen worden. Während des Jahres wurden 58 kurzfristige Anleihen zurückbezahlt, dies für einen Betrag von 1,579 Mia. Franken und zu einem mittleren Satz von 0,3017%. Die Verwaltungsschuld am 31.12.2004 betrug 495 Mio. Franken, im Vergleich zu 510 Mio. Franken am 31.12.2003. Die Zinsen für das Jahr 2004 machen den Betrag von 1,211 Mio. Franken aus, was einem mittleren Satz von 0,4922% entspricht.

#### Verwaltung der konsolidierten Schuld

Im Verlauf des Jahres 2004 sind 5 Festgeldanleihen mit einem Gesamtwert von 140 Mio. Franken abgeschlossen worden. Die neuen Anleihen sind für die Dauer von 5 bis 10 Jahren zu einem mittleren Zinssatz von 2,6816% abgeschlossen worden. Im gleichen Zeitraum wurden 12 Anleihen im Gesamtbetrag von 171,75 Mio. Franken zurückbezahlt. Die vertraglich festgelegten Amortisationen betragen 0,3 Mio. Franken.

Die konsolidierte Schuld ging von Fr. 1'424'350'000.-- auf Fr. 1'392'300'000.-- zurück. Die Zinsbelastung machte 52,351 Mio. Franken aus, was einem mittleren Zinssatz von 3,7480% entspricht.

#### Verwaltung der Schuld der Spitäler

Nach Verbuchung der Zinsen von 7,39 Mio. Franken und Amortisationen von 8,33 Mio. Franken für das Jahr 2004 beträgt am 31.12.2004 die Schuld der Spitäler 189,109 Mio. Franken. Die

gewährten Darlehen des Kantons an die Spitäler entsprechen der Gesamtschuld der Spitäler.

#### Zahlungsverkehr

Die Sektion Zahlungsverkehr nahm die interne Kontrolle und die Validierung von rund 218'000 Zahlungsaufträgen (davon 30'973 BPR) im Betrag von mehr als 3,023 Mia. Franken vor. Mit einbezogen ist die Bearbeitung von Zahlungsaufträgen für die Gehälter und andere Honorarleistungen. Die Zahl der Transaktionen mit DTA und BPR belaufen sich auf 333'887 im Betrag von 3,609 Mia. Franken.

#### Reformprojekte der Finanzbuchhaltung

Die Implementierung von Bereichseinheiten in die SAP-Umgebung ist fortgeführt worden, namentlich mit der Finanzbuchhaltung der Strafanstalt des Iles und der Umerziehungsanstalt von Pramont sowie dem Landgut des Barges.

Die Hauptbuchhaltung hat während dem Jahr 2004 die Einführung der elektronischen Dokumentenverwaltung für die Belege fast abgeschlossen.

Im Bereich der Debitorenbewirtschaftung ist ein neues SAP Modul installiert worden, um das während dem Jahr 2004 definierte Konzept umzusetzen. Die Parametrisierung ist abgeschlossen und das Modul wird im Verlauf des Jahres 2005 anlaufen.

### Amt für Statistik

Mehrere Dokumente sind im Verlauf des Jahres 2004 durch das kantonale Amt für Statistik herausgegeben worden: das quartalsweise erscheinende Bulletin Statistische Berichte sowie das Wallis in Zahlen, welches durch die Walliser Kantonalbank finanziert wird. Die Arbeiten für das Statistische Jahrbuch 2004 gehen dem Ende entgegen. Das Jahrbuch wird Anfang 2005 herausgegeben. Das Amt beteiligte sich auch an der Erarbeitung des quartalsweise veröffentlichten Memento des Conseil du Léman mit dem Titel Chiffres clefs de l'Espace lémanique, dies in Zusammenarbeit mit den Kantonen Waadt und Genf sowie mit der INSEE Rhône Alpes, ebenso beteiligte sich das Amt an der monatlichen Publikation der Wirtschaftsindikatoren der Walliser Kantonalbank sowie der quartalsweise erscheinenden Publikation des Créa der Universität Lausanne.

Die Schwerpunkte im Jahr 2004 waren einerseits die relativ komplexen und speziellen Tätigkeiten im Zusammenhang mit den Ergebnissen der eidg. Volkszählung 2000 und andererseits die Vorbereitung der eidg. Betriebszählung 2005.

## Gemeindefinanzen

### Interkommunaler Finanzausgleich

Es sei daran erinnert, dass der Grosse Rat im Mai 2003 beschlossen hat, den Fonds des interkommunalen Finanzausgleichs für die Jahre 2003 und 2004 auf 18 Mio. Franken zu begrenzen. Auf Vorschlag des Staatsrates hat der Grosse Rat gleichzeitig beschlossen, den ordentlichen Finanzausgleichsbeitrag pro Gemeinde auf maximal Fr. 325'000.-- festzulegen.

Wie im Jahr 2003 sind 53 Gemeinden in den Genuss eines Beitrages aus dem ordentlichen Finanzausgleichsfonds im Gesamtbetrag von 14.1 Mio. Franken gekommen. Der Spezialfonds ist bestimmt für Gemeinden mit misslichen Finanzverhältnissen und beträgt 3.8 Mio. Franken (inklusive die Zahlungen für Gemeindefusionen und Finanzcoachings von Gemeinden). Diese Spezialhilfe ging an 39 Gemeinden und wird nachfolgend, wie von der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates verlangt, veröffentlicht:

Goms	: Binn – Fiesch – Geschinen – Gluringen – Grafschaft – Lax – Münster – Reckingen – Ulrichen
Oestlich Raron	: Mörel – Riederalp
Brig	: Ried-Brig
Visp	: Grächen – Saas Almagell – Saas Balen – Saas Grund – Zeneggen
Westlich Raron	: Ausserberg – Ferden – Kippel – Unterbäch
Leuk	: Bratsch – Guttet-Feschel – Unterems
Sierre	: Ayer – Grimontz – Vissoie
Hérens	: Evolène – Vernamiège
Sion	: Grimsuat – Salins
Conthey	: Nendaz
Martigny	: Bovernier – Isérables
Entremont	: Bourg-St-Pierre
St-Maurice	: Collonges – Evionnaz
Monthey	: Champéry – St-Gingolph

### Sanierung von Gemeinden mit prekären Finanzen

Aufgrund der sehr schwierigen finanziellen Situation von gewissen Walliser Munizipalgemeinden und der Angelegenheit der Gemeinde Leukerbad, hat der Grosse Rat am 4. Sept. 2003 ein Dekret beschlossen, das die Gewährung von Finanzhilfen zur Sanierung von Gemeinden mit prekären Finanzen ermöglicht. Das Dekret erlaubt die gerechte und rationelle Verwendung von 30 Mio. Franken, die dem Staatsrat von 2003 bis 2005 (10 Mio. Franken pro Jahr) zur Sanierung der Finanzen von Walliser Gemeinden zur Verfügung stehen. Im 2004 hat der Grosse Rat beschlossen, eine Finanzhilfe à fonds perdu an die Gemeinde Oberwald zu gewähren. Eine Finanzhilfe à fonds perdu an die Gemeinde Saas Grund hat der Grosse Rat refusiert und ein neuer Beschlussentwurf wird dem Grossen Rat im Februar 2005 unterbreitet. Aus dem Sanierungsfonds hat der Staatsrat ein Darlehen, resp. eine Finanzhilfe gewährt an die Gemeinden Bratsch, Saas-Almagell und Lax.

### Neues Gemeindegesetz

Die Mitarbeiter der Gemeindefinanzen haben sich intensiv an der Erarbeitung des neuen Gemeindegesetzes vom 5. Feb. 2004 beteiligt, welches ab dem 1. Juli 2004 das Gemeindeordnungsgesetz vom 13. Nov. 1980 ersetzt. Die Arbeiten bestanden hauptsächlich in der Information der Gemeinden und deren Treuhänder betreffend die Änderungen und neuen Auflagen bei der Anwendung des Gesetzes. In Zukunft wird ein wichtiger Bestandteil die fortlaufende Begleitung der Gemeinden sein, die Beratung und die Hilfestellung in der Finanzhaushaltsführung.

Es sei festgehalten, dass der Staatsrat eine Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines neuen harmonisierten Kontenplans für die

Gemeindefinanzen eingesetzt hat, wie dies im Gemeindegesetz vom 5. Feb. 2004 vorgesehen ist.

### Gemeinderechnungen

Die Erfassung der Verwaltungsrechnungen 2003 erlaubt wie jedes Jahr die Erstellung einer Finanzanalyse nach Gemeinden, nach sozio-ökonomischen Regionen, nach Gemeindegrössen und nach der Gesamtheit aller Walliser Gemeinden. Aufgrund der Prioritäten im Jahr 2004 in diesem Bereich wird die Erfassung der Verwaltungsrechnungen nicht vor Ende des ersten Quartals 2005 erfolgen. Es ist festzuhalten, dass diese Daten eine Finanzanalyse für jede Gemeinde mit rund dreissig Kennziffern ermittelt, welche auf eidg. und kantonale Anforderungen in diesem Bereich Auskunft geben. Die Erfassung der Verwaltungsrechnungen dürfte kurzfristig aufgehoben werden, dies aufgrund der progressiven Inbetriebnahme eines neuen Finanzindikatoren- und Datenerfassungssystems im Bereich der Finanzstatistiken der Gemeinden. Die Daten werden also dann direkt in standardisierter Form von den Gemeinden geliefert.

### Abgestufte Subventionierung

Im 2004 sind nur die abgestuften Subventionen für Investitionen gemäss dem Reglement vom 3. Mai 1978 neu berechnet worden, während die abgestuften Subventionen für laufende Verwaltungsaufgaben im Vergleich zum 2003 nicht änderten, da diese nur alle zwei Jahre berechnet werden.

### IH-Darlehen und Anleihen

Rund 90 Dossiers von öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder von Privatunternehmungen sind zu Händen des Vorstehers des Departementes für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit gemäss Art. 3 des FHG geprüft worden. Gleichzeitig wurde zu rund fünfzig Gesuchen von Gemeinden oder Bürgergemeinden zu Anleihen und Bürgschaften, Garantieleistungen oder Darlehen die Vormeinung zu Händen des Staatrates unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Lage abgegeben.

## Finanzplanung und Verpflichtungskredite

Gegenüber 2003 hat die Zahl der Dossiers, die aufgrund von Art. 34 des FHG geprüft wurden, leicht abgenommen.

Die überprüften Dossiers verteilen sich wie folgt:

	2003	2004
- Behörden und Staatskanzlei	42	35
- Departement für Finanzen, Landwirtschaft und äussere Angelegenheiten	276	240
- Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie	87	84
- Departement für Erziehung, Kultur und Sport	235	226
- Departement für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit	137	92
- Departement für Verkehr, Bau und Umwelt	503	444
Total	1'280	1'121

## Versicherungen und Ökonomat

Die wichtigsten Aktivitäten dieser Sektion im Verlaufe des Jahres betrafen:

- im Bereich der Immobilientransaktionen ist zu erwähnen, dass der Staatsrat Ende 2004 beschlossen hat, die Gebäulichkeiten, welche vom Institut Hotelconsult «César Ritz» Collèges SA, in Bouveret belegt sind, an diese Institution zu verkaufen. Diese Transaktion wird in der Februarsession 2005 im Grossen Rat beraten.

Der Staatsrat hat gleichzeitig einen Bodentausch in der Gemeinde Collombey-Muraz beschlossen. Die Vorkehrungen dazu werden Anfang 2005 abgeschlossen.



- im Bereich der Reorganisationen ist der Transfer der Dokumentenreproduktion, zusammen mit einer Person zur Dienststelle für Informatik festzuhalten. Diese interne Restrukturierung wurde am 9. Juli 2004 beschlossen und auf den 1. Jan. 2005 umgesetzt. Der Transfer wurde aufgrund der zu erzielenden Synergien unternommen, weil heutzutage die Reproduktion mehr und mehr auf Informatik basiert und weniger das eigentliche Kopieren betrifft. Ein anderer Grund war, anstehende Umbauarbeiten im Ökonomat zu vermeiden.

## Sektion Gehälter

Der Landesindex der Konsumentenpreise erreichte Ende Dezember 2003 den Stand von 102.8 Punkten, was einer Zunahme von 0.6 Punkten gegenüber der gleichen Periode im vorhergehenden Jahr entsprach. Die effektive Teuerung belief sich demnach auf 0.6% und wurde im neuen Jahr vollumfänglich gewährt.

Die durch die Sektion Gehälter im Jahr 2004 ausbezahlten Bruttogehälter betragen Fr. 672'614'292.15, was einer Erhöhung

um Fr. 9'308'071.30 gegenüber 2003 entspricht. Die Massnahmen zur Förderung der Vorpensionierung wurden weitergeführt. Die Kapitalabfindung wurde jedoch ab dem 1.1.2004 von Fr. 28'000.-- pro Jahr im Jahre 2003 auf Fr. 26'000.-- für 2004 gesenkt. Von dieser Massnahme haben 59 Personen (15 Beamte und 44 Lehrpersonen) Gebrauch gemacht. Der Totalbetrag belief sich auf Fr. 2'447'816.--.

Zusätzlich erfolgten 8'606 Zahlungen über einen Bruttobetrag von Fr. 8'588'607.50 an die Mandatsträger (im Vorjahr 8'434 Zahlungen über Fr. 8'482'555.--).

Im letzten Jahr erfolgte des weitern eine Anpassung der SAP-Version, was zusätzliche umfangreiche Tests und Kontrollen zur Folge hatte.

# STEUERVERWALTUNG

## Direktion

Die Direktion bereitete für den Staatsrat folgende Entwürfe vor:

- Dekret zur Einführung eines Kinderabzuges vom Steuerbetrag bei der kantonalen Einkommenssteuer
- Dekret zur Änderung des Steuergesetzes und des Reglements betreffend die Katastertaxen
- Verordnung über die Festsetzung der konfiskatorischen Belastung durch die Vermögenssteuer.

Sie arbeitete bei der Erstellung folgender Informatikprogramme mit:

- Übergang zur einjährigen Postnumerandobesteuerung
- Veranlagung und Bezug der Quellensteuer
- Behandlung der Fristverlängerungen.

Sie bereitete für den Staatsrat nachfolgende eidgenössische Vernehmlassungen vor oder unterstützte andere Departemente dabei:

- Reform der Unternehmungsbesteuerung II
- Bundesgesetz zum Zinsbesteuerungsabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft
- Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare
- Schlussbericht zum Entwurf der Ausführungsgesetzgebung zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA).

## Personal

Die kantonale Steuerverwaltung hat gemäss Organigramm einen Personalbestand von 136,55 Einheiten.

Sie verfügte Ende Jahr über folgendes zusätzliches Personal:

- 3 Angestellte mit unbefristetem Dienstverhältnis (Finanzdepartement)
- 4 Angestellte mit unbefristetem Dienstverhältnis (Steuerverwaltung)
- 2 Hilfsangestellte
- 4,6 Einheiten in halbgeschützter Tätigkeit
- 3 Hilfsangestellte in vorübergehender Beschäftigung (Arbeitslosenprogramme)
- 7 Lehrtöchter/Lehrlinge.

Während des Jahres arbeiteten 22 Aushilfen bei unserer Dienststelle, was 7 Vollzeitstellen entspricht.

Zehn Mitarbeiter/innen haben uns 2004 aus folgenden Gründen verlassen:

- 2 Pensionierungen
- 1 Beginn eines Studiums
- 5 Wechsel in andere öffentliche Verwaltungen
- 2 Wechsel in die Privatwirtschaft.

Bei einer Reorganisation wurden 50% der Stelle Adjunkt des Informatikkoordinators (Krankheit) und 50% einer Stelle Sektionschef (Landwirtschaft) in eine Stelle Einschätzer-Revisor/Projektverantwortlicher umgewandelt.

## Katasterschätzungen

Die Katasterschätzungen haben wie folgt zugenommen:

### Bebaute Liegenschaften (ohne die öffentlichen Bauten)

	2002	2003	2004
Oberwallis	142'396'800.– (23.05%)	173'505'900.– (23.50%)	174'737'200.– (23.63%)
Unterwallis	475'314'300.– (76.95%)	564'706'600.– (76.50%)	564'773'300.– (76.37%)
TOTAL :	617'711'100.–	738'212'500.–	739'510'500.–

### Industrielle Gebäude und Anlagen

	2002	2003	2004
Oberwallis	110'719'000.– (50.23%)	94'795'300.– (47.34%)	78'715'200.– (44.82%)
Unterwallis	109'706'000.– (49.77%)	105'435'500.– (52.66%)	96'910'900.– (55.18%)
TOTAL :	220'425'000.–	200'230'800.–	175'626'100.–



## Sektion Einschätzung der natürlichen Personen

2004 wurde erstmals nach dem System der einjährigen Postnumerandobesteuerung veranlagt. Trotz der bei der Einführung dieses Systems aufgetretenen Schwierigkeiten sah der Veranlagungsstand Ende Jahr wie folgt aus:

- 82,76 % unselbständigerwerbende Steuerpflichtige
- 49,74 % selbständigerwerbende Steuerpflichtige

Die Anzahl der zu veranlagenden steuerpflichtigen natürlichen Personen setzt sich wie folgt zusammen:

- Wohnsässige	168'386
- Ausserkantonale	46'077
- Ausländer	20'380
- Aufenthaltsbewilligung B	3'904
<b>Total Steuerpflichtige</b>	<b>238'747</b>

Bei den 168'386 wohnsässigen Steuerpflichtigen handelt es sich um 150'532 Unselbständigerwerbende und 17'854 Selbständigerwerbende. 32'598 Steuerpflichtige erhalten eine Landwirtschaftsbeilage.

Die Arbeit ist wie folgt aufgeteilt:

- Veranlagungen Unselbständigerwerbende pro Einschätzer II	4'583
- Veranlagungen Selbständigerwerbende pro Einschätzer I und Einschätzer-Revisor	902
- Steuerakten pro Sekretärin	15'555

## Sektion Einschätzung der juristischen Personen

Von den der Sektion zur Verfügung stehenden 13 Arbeitskräften befassten sich deren 11 mit Veranlagungs- und zwei mit Sekretariatsarbeiten.

Sie überprüfen und veranlagen rund 12'526 Steuerpflichtige, davon über 8'000 Kapitalgesellschaften.

Die Zahl der juristischen Personen nahm um 740 zu. Während der gleichen Zeitperiode wurden 207 Gesellschaften im Handelsregister gelöst. Die Nettozunahme beträgt somit 533 Gesellschaften.

## Sektion Spezialsteuern

Die Bruttoeinnahmen bei der Quellensteuer beliefen sich auf 58,7 Mio. Franken. Von diesem Betrag kommen der Gemeindeanteil und einige Umbuchungen in Abzug. Die Zahl der unterstellten Arbeitgeber ist von 6'057 im Jahr 2003 auf 6'118 gestiegen.

Im Bereich Grundstückgewinnsteuer überprüfte die Sektion 16'373 Immobilientransaktionen (14'848 im Jahr 2003). Sie eröffnete 7'481 Veranlagungen (4'463 im Jahr 2003) und erzielte dabei Steuereinnahmen von gesamthaft 17,8 Mio. Franken (10,9 Mio. Franken im Jahr 2003).

Im Bereich Erbschafts- und Schenkungssteuer wurden 463 Veranlagungen eröffnet, d.h. 281 für die Erbschaftssteuer und 182 für die Schenkungssteuer. Die Steuereinnahmen betragen gesamthaft 9,2 Mio. Franken (14,6 Mio. Franken im Jahr 2003).

## Sektion Verrechnungssteuer

Diese Sektion überprüfte 90'603 Wertschriftenverzeichnisse und erstellte 36 Gutschriften betreffend den Steuerrückbehalt USA und die pauschale Steueranrechnung. Das Total der angerechneten oder zurückerstatteten Verrechnungssteuern beträgt 66,3 Mio. Franken.

Sie befasst sich ebenfalls mit der Besteuerung der Lottogewinne. 2004 wurden 1'618 (835 im Jahr 2003) Gewinne erfasst. Die Veranlagungen haben sich 2004 verdoppelt und stiegen von 477 im Jahr 2003 auf 995.

Die Sektion behandelte 272 Steuerhinterziehungsfälle. 111 Bussen für ungefähr 1,9 Mio. Franken, d.h. 0,8 Mio. für den Kanton, 0,7 Mio. für die Gemeinden und 0,4 Mio. für die direkte Bundessteuer, mussten ausgesprochen werden.

Die Direktion beauftragte den Informatikprojektleiter mit der Einführung des Scanning der Wertschriftenverzeichnisse der Steuerperiode 2004.

Die Einführung der so genannten gemischten Veranlagung, d.h. die Wertschriftenverzeichnisse (Normalfälle) werden von den Veranlagungsbeamten behandelt, wie dies im Kanton Freiburg praktiziert wird, ist für unseren Kanton geprüft worden. Ein Entscheid seitens der Direktion der KSV wird Anfang 2005 getroffen.

## Kantonales Inkassoamt für Betreibungs- und Konkursverfahren

Die Zahl der Betreibungen für die Kantonssteuern und die direkten Bundessteuern hat von 28'848 auf 20'054 abgenommen. Die Rechtsöffnungs-, Fortsetzungs- und Verwertungsbegehren haben im gleichen Rahmen abgenommen.

Trotz dieser Abnahme stiegen die Verluste (wertlose Ausstände, Erlasse, Verlustscheine) bei den natürlichen Personen auf 13,1 Mio. Franken (9,0 Mio. Franken im Jahr 2003) und gingen bei den juristischen Personen auf 1,0 Mio. Franken zurück (1,9 Mio. Franken im Jahr 2003).

## Rechtsdienst

Der Rechtsdienst erstellte 124 Vormeinungen zuhanden der Beschwerdeinstanzen (KRK, KG und BG). Es wurden ebenfalls 264 Einspracheentscheide betreffend Ordnungs- und Steuerbussen eröffnet sowie 280 Steuerdomizile festgesetzt.

## Sektion Informatik

Die Stabsstelle für Informatik hat sich insbesondere mit folgenden Aufgaben befasst:

- Unterhalt IT-Material
- Entwicklung und Anpassung der Programme für die einjährige Gegenwartsbesteuerung
- Einführung eines Systems zur automatischen Zustellung der Veranlagungsprotokolle an die Gemeinden mittels E-Mail über gesicherte Verbindungen
- Entwicklung und Einführung eines Programms zur Behandlung der Fristverlängerungsgesuche zur Einreichung der Steuererklärungen (WebTA)
- Weiterführung des Projektes «VSTax 2004» (Gratissoftware für Steuerpflichtige). Das Programm kann ab 7. Februar 2005 per Internet heruntergeladen werden
- Analyse und Kauf des Programms «ScanTax» von IBM sowie Entwicklung eines Programms zum Einscannen des bidimensionalen Barcodes aus dem VSTax 2004 zur Übernahme der Daten der Steuererklärung.

## Steuerinspektorat

Das Steuerinspektorat nahm 308 Buchprüfungen vor, die zu folgenden Aufrechnungen führten:

- Aufrechnungen steuerbare Einkommen/Gewinn	32,0 Mio. Franken
- Aufrechnungen steuerbare Vermögen	16,7 Mio. Franken

Ein Experte-Revisor wurde der Sektion Einschätzung der juristischen Personen zugeteilt.

Ab Mai wurde ein Experte-Revisor mit der Veranlagung von 50 % der Selbständigerwerbenden der Gemeinde Fully beauftragt. Zu Beginn des Jahres 2005 wurden die Experten-Revisionen mit der Veranlagung von 200 Selbständigerwerbenden der Gemeinde Martinach beauftragt (Beförderung Einschätzer-Revisor zum Projektverantwortlichen). Sie müssen ebenfalls bei den Veranlagungen der Selbständigerwerbenden der Arbeitsgruppe 1 behilflich sein (Krankheit des Einschätzer-Revisors).

## DIENSTSTELLE FÜR PERSONAL UND ORGANISATION

Die Dienststelle für Personal und Organisation ist verantwortlich für die tägliche Personalverwaltung von rund 10'000 Lohnbezüglern. Neben dem operativen Tagesgeschäft wurde im Jahre 2004 die neudefinierte Personalpolitik weitergeführt.

### Umsetzung der neudefinierten Personalpolitik

#### Anerkennung des Personals

Bis zum Jahre 2004 erhielten die Mitarbeiter, welche 25 Dienstjahre hatten, eine Uhr als Zeichen der Anerkennung des Dienstalters. Eine Arbeitsgruppe hatte den Auftrag, neue Alternativen zur Anerkennung des Dienstalters des Personals vorzuschlagen. Bereits im Jahre 2004 konnten die Mitarbeiter, welche 25 Dienstjahre hatten, zwischen einem Betrag von Fr. 2'000.--, 15 zusätzlichen Ferientagen oder einem Mix zwischen diesen beiden Möglichkeiten wählen. Es wurde ebenfalls ein Diplom verliehen. Ab 2005 werden weitere Alternativen bereits nach kürzerer Dauer zur Verfügung stehen.

#### Modernisierung der Arbeitszeiten

Das Reglement über die Arbeitszeit, welches am 1. Januar 2002 eingeführt wurde, wird weiterhin unverändert angewendet. Vermehrt wählen Dienststellen, Büros/Sektionen die Jahresarbeitszeit. Diese Variante ermöglicht eine noch grössere Flexibilität und Anpassung der Arbeitszeiten an das Arbeitsvolumen.

### Aus- und Weiterbildung

#### Seminarangebot und Teilnahme

Im Verlaufe des Jahres 2004 wurden 98 Seminare mit einer Dauer von einem, zwei oder drei Tagen angeboten. Die Dienststelle für Personal und Organisation arbeitet für die Durchführung des internen Aus- und Weiterbildungsangebotes mit 46 Trainerinnen und Trainern zusammen. Gesamthaft (ohne Informatikausbildung) machten 851 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom internen Angebot Gebrauch. Es wurden für die Abdeckung der Nachfrage 125.5 Kurstage durchgeführt. Die Verwaltung der internen Aus- und Weiterbildung ist mit einem hohen organisatorischen und administrativen Aufwand verbunden.

#### Sprachenlernen

Aufgrund des Erfolges des Projektes Tandem I im Jahre 2002/2003 und aufgrund der von den Teilnehmern gewünschten Fortführung, wurde im Jahre 2004 ein neues Pilot-Projekt lanciert: Tandem II. Somit wurden neben einem neuen Kurs Tandem I mit 16 Teilnehmern parallel, Tandem II mit 18 Teilnehmern durchgeführt. Diese neue Ausbildung, welche auf dem Tandem I basiert, wird durch eine individuelle Ausbildung am PC sowie Grammatik-Kursen ergänzt.

Aufgrund der Evaluation dieses neuen Ausbildungsprogramms vom Herbst 2004, wurde entschieden, Tandem II weiterzuführen und eine neue individuelle Sprachausbildungsrichtung aufgrund des CALL (Computer Assisted Language Learning) aufzubauen.

#### Intensiv-Sprachkurse

Die Dienststelle für Personal und Organisation hat sich aufgrund einer öffentlichen Ausschreibung bei privaten Intensiv-Sprachkursanbietern, für 2004 für die Migros-Klubschule entschieden. 39 Personen haben anschliessend halb-intensive Deutsch- bzw. Französischkurse absolviert. (Kompaktkurs von einem Monat und 3 x 2 Stunden pro Woche).

#### Bonus Plus

Dieses Projekt wurde im Rahmen einer engen Zusammenarbeit zwischen der Dienststelle für Personal und Organisation und der Dienststelle für Berufsbildung erarbeitet. Es zielt darauf ab, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung vermehrt vom Ausbildungsangebot der Walliser Berufsschulen Gebrauch machen können. Der Arbeitgeber stellt diese Kurse gratis zur Verfügung und der Arbeitnehmer besucht diese Kurse während seiner Freizeit.

Für die Schuljahre 2003/2004 und 2004/2005, haben 37 Personen von diesem Angebot profitiert.

#### Frauenförderung

Diese Ausbildung hat das Ziel, eine grössere Anzahl Frauen zu motivieren, sich auf verantwortungreiche Stellenausschreibungen zu bewerben. Ebenso sollen die Frauen am Arbeitsplatz selbständiger werden und mehr Verantwortung übernehmen. Diese Ausbildung basiert auf Unterbrechungsarbeiten sowie auf der Teilnahme an verwaltungsinternen Kursen (8 Tage neben den 3 erlaubten Tagen) Aufgrund einer Kursevaluation in Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungsbüro, waren im ersten Jahr 2003/2004 90% der 12 Teilnehmerinnen zufrieden mit dieser neuen Ausbildung. Dieses Projekt wird deshalb weitergeführt werden.

#### Projekt: Zusammenarbeitsvereinbarung mit den Walliser Gemeinden und BURGERSCHAFTEN

Dank einer Vereinbarung zwischen der Dienststelle für Personal und Organisation sowie den Walliser Gemeinden und BURGERSCHAFTEN konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter derselben seit dem Jahr 2002 dieselben Seminare wie die Staatsangestellten besuchen. Im Jahre 2004 machten 87 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Walliser Gemeinden und BURGERSCHAFTEN (aufgeteilt auf 15 Gemeinden) vom Seminarangebot der kantonalen Verwaltung Gebrauch.

#### Berufskonferenzen

Die Dienststelle für Personal und Organisation hat 2 Berufskonferenzen organisiert. Eine über die Resultate der Mitarbeiterbefragung vom Jahre 2003 und die andere über die Gegenwartsbesteuerung sowie über die eidg. Abstimmungen vom 16. Mai 2004 zum Steuerpaket.

#### Qualität in der Rekrutierung - Personalselektion

Der Selektionsprozess, wie er im Personalmanagement-Handbuch beschrieben ist, wurde vom Staatsrat genehmigt und als Richtlinie erklärt. Auch im Jahre 2004 wurden eine steigende Anzahl an Dienststellen (rund 60%) bei der Personalrekrutierung methodisch unterstützt um alle Kandidaten denselben Bedingungen zu unterstellen und ein Maximum an Objektivität zu gewährleisten.

#### Lohnpolitik

Im Rahmen der Budgeterstellung 2004, hat der Staatsrat erneut seinen Willen gezeigt, eine dynamische und flexible Lohnpolitik zu verfolgen: Die Löhne für die öffentlich Bediensteten wurden an die Teuerung (0,6 %) angepasst. Ein Koeffizient von 1 wurde angewendet. Die Anlaufstufen wurden im Jahre 2004 aufgehoben. Die Kapitalabfindung wurde bei Fr. 26'000.- festgelegt.

#### Personalinformationssystem (SAP HR)

Im Verlaufe des Jahres 2004 wurden wichtige Arbeiten zur Einführung eines neuen SAP-Moduls unternommen, welches die Verwaltung sowie die Steuerung der Stellenausschreibungen und der Bewerbungsunterlagen automatisiert. Dadurch kann der ganze Rekrutierungsprozess sowie die entsprechenden statistischen Auswertungen verbessert und vereinfacht werden. Die SAP-Migration mehrerer Dienststellen bzw. Sektionen betreffend diverser Zeiterfassungssysteme wurde ebenfalls fortgeführt.

#### Telearbeit

Der Staatsrat entschied auf Antrag der Dienststelle für Personal und Organisation ein Pilotprojekt zu lancieren, welches alle notwendi-

gen Elemente berücksichtigt, um eine Einführung der Telearbeit in der kantonalen Verwaltung zu ermöglichen. In Zusammenarbeit mit internen und externen Spezialisten wurden Richtlinien betreffend Ablauf des Pilotprojektes erstellt und vom Staatsrat angenommen. Aufgrund der in den Richtlinien festgelegten Anforderungen hat der Steuerungsausschuss die möglichen Kandidaten und das berufliche Umfeld einer genauen Analyse unterzogen. Aufgrund dieser Resultate hat sich der Staatsrat für 10 Mitarbeiter entschieden, welche am Pilotprojekt seit Ende 2004 teilnehmen. Das Pilotprojekt wird durch verschiedene Massnahmen begleitet, welche die Auswirkungen dieser neuen Arbeitsmethode analysieren.

### **Qualitätsmanagement - Prozesstandardisierung**

Damit eine standardisierte und qualitative Anwendung sämtlicher Personalmanagementprozesse sichergestellt ist, wird die Dienststelle für Personal und Organisation ein Qualitätsmanagementsystem auf die Beine stellen.

Mehr als 20 Prozesse wurden im Jahre 2004 erarbeitet und verbessert. Als Ergänzung zum Personalmanagementhandbuch, werden diese Prozesse vom Staatsrat im Jahre 2005 als Richtlinie erklärt und anschliessend zielgruppengerecht im Intranet zur Verfügung gestellt.

### **Personalmarketing**

Im Jahre 2004 konnte die Dienststelle für Personal und Organisation rund 180 profilgerecht strukturierte Stellenausschreibungen erstellen und die Publikation im Amtsblatt, Walliser Boten, Nouvelliste, in weiteren Zeitungen sowie in der Stellenbörse im Internet [www.vs.ch](http://www.vs.ch) fristgerecht gewährleisten. Dank der Auflistung der Vorzüge des Arbeitgebers Staat Wallis konnte das Image der Walliser Kantonsverwaltung und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Mit diesen Massnahmen sollen ebenfalls mehr potentielle Kandidaten zur Bewerbung aufgefordert werden. Um die interne Mobilität und die Karrieremöglichkeiten zu fördern und zu verbessern wurde im Jahre ein Vorschlag für eine Mitarbeiterbörse, der Prozess «Wechseln der Tätigkeit» sowie einen entsprechenden Fragebogen erstellt.

### **Lehrlingsmanagement und KBM-Praktikanten**

Mit dem Beginn des Schuljahres 2004/2005 konnten 39 Schulabgängerinnen und 19 Schulabgänger (43 französisch- und 15 deutschsprachig) ihre Lehre in den verschiedenen Dienststellen der Kantonsverwaltung aufnehmen. Seit August 2003 werden die kaufmännischen Lehrlinge gemäss der neuen KV-Reform ausgebildet. Die Dienststelle für Personal und Organisation hat in ihrer Rolle als Lehrlingskoordinatorin und Lehrlingsausbildnerin verschiedene Informationsveranstaltungen für die Lehrlingsausbildner sowie 27 Kurstage der überbetrieblichen Kurse für die Lehrlinge durchgeführt.

Im Rahmen der kaufmännischen Lehrabschlussvorbereitungskurse hat die Dienststelle für Personal und Organisation 8 Ausbildungstage durchgeführt. Von den 42 kaufmännischen Lehrlingen, welche im Jahre 2004 die Lehre abschlossen, gab es nur einen einzigen Misserfolg zu verzeichnen. Die Walliser Kantonsverwaltung bietet neben 159 Lehrstellen auch viele Praktikumsmöglichkeiten an. So konnten unter anderem im Jahre 2004, 22 junge Leute ein KBM-Praktikum sowie 7 Lehrlinge ein EMVs-Praktikum absolvieren.

### **Mitarbeiterumfrage**

Im Februar / März 2004 wurden die Resultate der Mitarbeiterumfrage sowie der entsprechende Massnahmen-Aktionsplan den interessierten Mitarbeitern der Walliser Kantonsverwaltung anlässlich einer Berufskonferenz und der Bevölkerung anlässlich einer Pressekonferenz und einer Reportage auf Canal 9 vorgestellt. Aufgrund der Analyse der Umfrageergebnisse hat die Dienststelle für Personal und Organisation verschiedene Arbeitsgruppen eingesetzt.

### **Chancengleichheit**

Ebenfalls im Bereiche der Chancengleichheit blieb die Dienststelle für Personal und Organisation (DPO) nicht tatenlos. Insbesondere

hat sie zusammen mit dem Gleichstellungsbüro eine Weiterbildung angeboten, welche es interessierten Frauen ermöglichen sollte, ihrer beruflichen Laufbahn neue Impulse zu geben. Des Weiteren hat sie in einer Arbeitsgruppe mitgearbeitet, welche in einem Bericht zu Händen des Staatsrates, die personelle und finanzielle Situation der Frauen in der Kantonsverwaltung evaluiert. Die Walliser Kantonsverwaltung wurde durch die DPO am «Prix Egalité» vertreten. Aufgrund einer Interpellation des Staatsrates anlässlich des Frauentages vom 8. März 2004, erstellte die DPO einen entsprechenden Bericht.

### **Personalcontrolling**

Im Rahmen der Abänderung vom 15. Dezember 2004 betreffend das Gesetz über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle wird im Jahre 2005 ein Controllingssystem, welches die Leistungen, die Finanzen, die Organisation, die Prozesse sowie das Personal betrifft, bei den Pileinheiten der Walliser Kantonsverwaltung eingeführt. Das Personalcontrolling ist ein Führungsinstrument für das Parlament, die Regierung, die Departemente sowie die Dienststellen, welches darauf abzielt, die personalpolitischen Zielsetzungen effizienter und effektiver zu steuern. Im Jahre 2004 wurde ein Konzept zur Einführung des Personalcontrollings in der Walliser Kantonsverwaltung erstellt.

### **Mitarbeit im Rahmen der übrigen Teilprojekte der Verwaltungsreform 2004**

Die Dienststelle für Personal und Organisation ist auch in den übrigen Teilprojekten in verschiedenen Bereichen zur Umsetzung der neuen Verwaltungsführung und -kultur tätig. Insbesondere sind an dieser Stelle die Mitarbeit am Projekt e-DIKS, welches die neuen Führungs- und Verwaltungsinstrumente des Kantons Wallis systematisiert, die Evaluation der Verwaltungsreform sowie die im Rahmen der Änderungen des FHG zu evaluierenden Personal-Kompetenzen, welche an die Pileinheiten delegiert wurden und das Personalcontrolling zu nennen.

### **Umgang mit Alkoholproblemen und mit anderen Substanzen im beruflichen Umfeld**

Die Dienststelle für Personal und Organisation (DPO) hat ebenfalls aktiv an der Erarbeitung einer Politik im Umgang mit Risiken und Abhängigen innerhalb der Kantonsverwaltung mitgewirkt. Die DPO präsidierte eine Arbeitsgruppe, welche entsprechende Richtlinien ausgearbeitet hat. Im Jahre 2005 werden sich die nächsten diesbezüglichen Phasen konkretisieren.

## **Personalverwaltung und Organisation**

Im Bereiche der Personalverwaltung und Organisation wurden im Jahre 2004, 6'855 Bewerbungs-Bestätigungsschreiben erstellt, 2'302 Vormeinungen zu Händen des Staatsrates abgegeben und 1'928 schriftliche Anfragen behandelt. Für das Jahr 2004 können noch folgende Tätigkeiten vermerkt werden.

### **Klassifizierungskommission**

In 3 Sitzungen hat die Klassifizierungskommission 26 individuelle und kollektive Gesuche zu Händen des Staatsrates geprüft und ihre Vormeinung abgegeben. Als Grundlage für diese Analysen dienen die Kriterien, welche im Gesetz vom 12. Nov. 1982 betreffend die Besoldung definiert sind, die überarbeiteten Pflichtenhefte, die Stellungnahmen der Vorgesetzten, die Endergebnisse der Funktionsbewertung, die Begutachtungen des Arbeitsplatzes, die vergleichenden Lohnstudien und die Endergebnisse der Arbeitsgruppe.

Am 25. August 2004 hat der Staatsrat aufgrund der finanziellen Situation des Kantons und aufgrund der vorgeschlagenen Massnahmen der Kommission Luyet entschieden, alle individuellen und kollektiven Lohngesuche, welche bis Ende März 2004 eingereicht wurden, zu suspendieren.

### Arbeitsgruppen und Kommissionen

Die Mitarbeiter/innen der Dienststelle haben unter anderem in folgenden Arbeitsgruppen und Kommissionen mitgewirkt:

- Überprüfung der Situation der beiden Pensionskassen
- Anpassung und Harmonisierung verschiedenster Entschädigungen
- Massnahmen zur Chancengleichheit
- Anwendungsbedingungen und Harmonisierung des Personals der kantonalen Spitäler und des Walliser Gesundheitsnetzes
- Umgang mit Alkoholproblemen und mit anderen Substanzen im beruflichen Umfeld
- Anerkennung des Personals
- Begleitmassnahmen für das Personal der kantonalen Zeughäuser
- Evaluation der Reformen
- Disziplinarkommission
- Gruppe «Lokalitäten»
- Klassifizierungskommission für das Lehrpersonal
- Ausbildungskommission.

### Organisation

Die Dienststelle für Personal und Organisation hat in den Organigrammen / Organisationseinheiten der verschiedenen Dienststellen verschiedenste Änderungen vollzogen. Für eine grosse Anzahl Mitarbeiter wurde der Beschäftigungsgrad in den verschiedenen Organigrammen angepasst.

## KANTONALE DIENSTSTELLE FÜR DATENVERARBEITUNG

Der Umzug der Dienststelle für Datenverarbeitung (DDV) vom Regierungsgebäude an die Avenue des Mayennets hat dem Personal der DDV einiges abverlangt, weil der tägliche Betrieb aufrecht erhalten wurde und die 3200 Benutzer ihre Arbeit ohne Unterbruch verrichten konnten. So wurden seit dem 26. November die Nächte und die Wochenenden genutzt, um die über 400 technischen Geräte am neuen Standort einzurichten. Ebenfalls zu diesem Zeitpunkt wurde der Papierreproduktions-Kopierer vom Ökonomat ins Rechenzentrum verschoben. Seither garantiert die KDI diese Dienstleistung.

Dank einer guten Zusammenarbeit und dem Bestreben nach guten Lösungen zu suchen konnte dieses Projekt termingerecht und mit einem Minimum von Systemausfällen für unsere Benutzer realisiert werden.

Gleichzeitig mit dem Umzug der technischen Einrichtungen haben die Mitarbeiter der DDV in denselben Gebäuden neue Lokalitäten bezogen so das heute die gesamte Dienststelle beisammen ist. Mit dieser Inbetriebnahme konnte eine wichtige Etappe im Rahmen der Informatiksicherheit realisiert werden.

Weitere nennenswerte Ereignisse sind:

- Die Übernahme der Telefonie der gesamten kantonalen Verwaltung durch die DDV
- Die Anerkennung eines zertifizierten SAP-Benutzerkompetenzzentrums. Der Kanton Wallis ist der erste Westschweizer Kanton, der diese Auszeichnung erhalten hat
- Eine Rangierung der DDV-Ingenieure unter den besten 15 bei der Teilnahme eines Linux Open Road Wettbewerbs unter 3800 Teilnehmern.

### Delegierter für Informatikfragen

#### Begleitung bei der Einführung von Projekten und Vormeinungen

Der Delegierte für Informatikfragen hat 2004 an den folgenden Projekten sei es als Koordinator, Projektleiter oder in beratender Funktion teilgenommen:

- Steuerausschuss SAP, Migration der Hauptbuchhaltung (CGE) auf SAP

Im Weiteren wurden im Bereich der Organisations-, Arbeits- und Teamentwicklung, verschiedenste Dienststellen methodisch bei deren Reorganisation unterstützt, damit die Aufbau- und Ablauforganisation optimal gestaltet werden kann.

### Büro für Sozialberatung

Im Verlaufe des Jahres 2004 haben die Beraterinnen der Sozialberatung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Walliser Kantonsverwaltung, welche Probleme am Arbeitsplatz hatten, geholfen und sie unterstützt. Diese Probleme konnten im Sinne einer Mediation gelöst werden. Es wurden ebenso Personen geholfen, welche gesundheitliche und finanzielle Schwierigkeiten hatten.

In Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen hat die Sozialberatung Überlegungen angestellt betreffend Alkoholprobleme und anderen Substanzen, welche Auswirkungen auf den Arbeitsplatz, auf die Familie sowie auf die Gesundheit haben.

- Direktionsausschuss Infoval – Inbetriebnahme der Informatisierung der Spitäler
- Lancierung des Projektes Telearbeit
- Fortsetzung des Projektes «Gruppierung des Informatikeinsatzes» in Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates
- Beratung der Führung des GIS (Geografisches Informationssystem) Wallis: Erarbeitung von Richtlinien
- Zusammenarbeit mit dem GVW (Gemeindeverband Wallis) zur Erarbeitung einer Netzwerkverbund-Vereinbarung mit den Unterwalliser Gemeinden. Eine ähnliche Bestrebung für das Oberwallis ist in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für tertiäre Bildung im Gange
- Evaluationsverfahren für die Administration der Berufsschulen
- Diverse Kontakte mit der kantonalen Datenschutzkommission.

Parallel zu den laufenden Projekten wurden den Dienststellen in den folgenden Bereichen Vormeinungen abgegeben:

- Dienststelle für Berufsbildung: Anschluss der Berufsschulen an das kantonale Kommunikationsnetz
- Walliser Zentrum für Pneumologie: Einrichtung eines VPN (Virtual Private Network)
- Handelsregister: Internetsite
- Dienststelle für Gesundheit: Informatisierung der APH/SMZ
- Kantonale Finanzverwaltung: Übernahme der Reproduktionsmaschine
- Nationalstrassen: Intranet Lösung
- Kantonale Steuerverwaltung: Elektronische Steuererklärung
- Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit: Inbetriebnahme der Applikation Easy Save
- Kantonspolizei: Diverse fachspezifische Applikationen
- Staatskanzlei: Applikation «Poste 2000» zur Verwaltung der Paketpost
- Dienststelle für Sozialwesen: Reorganisation der Dienststelle
- Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie: Zutrittskontrollen der Gebäude der kantonalen Verwaltung.

#### Spezifische Dossiers

Das Jahr 2004 war für die Informatikfirmen ein schwieriges Jahr. Auch die in der kantonalen Verwaltung involvierte Firma ICARE



Services SA musste ihre Bilanz deponieren. In der Folge mussten die Übernahme der Applikationen sowie der Informationssysteme rasch an die Hand genommen werden. Dank der guten Beziehungen und Zusammenarbeit mit der Direktion konnte der Schaden in engem Rahmen gehalten werden.

Als Fortsetzung mehrerer im Jahr 2003 lancierten externen Lösungsvorschlägen wurde Stellung bezogen. Erfahrungen mit externen Firmen haben gezeigt, dass das so genannte «Outsourcing» auf nicht strategische Applikationen beschränkt werden muss und dass es unabdingbar ist, dass die Kontrolle über die Informationssysteme mit internen Ressourcen sichergestellt werden muss.

Die Informatikmittel und die Telephonie sind integrierender Bestandteil eines Arbeitsplatzes. Um diesbezügliche Missbräuche der Arbeitnehmer zu vermeiden, hat eine aus Juristen und Informatikern zusammengesetzte Arbeitsgruppe anwendungsbezogene Richtlinien erarbeitet.

Im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit wurden mit dem Kanton Genf Verhandlungen über eine eventuelle Übernahme der Applikation e-DIKS aufgenommen. Im Weiteren interessieren sich unsere Nachbarn aus dem Kanton Waadt für die Organisation und die Struktur unserer Dienststelle.

Die Informatik-Koordination mit den para-staatlichen Organisationen ist sehr wichtig. So funktioniert der Delegierte in den folgenden Steuerungsausschüssen: Kompetenzzentrum IS Net der HES-SO, VSNet, Westschweizer Gruppe der schweizerischen Informatikkommission, Verbindungsgruppe Swisscom – Staat Wallis sowie dem Val-Form.

## Informatiksicherheit

Die wichtigsten Tätigkeiten können wie folgt zusammengefasst werden:

- Audit betreffend Trojaner Angriffe via Internet sowie Empfehlungen zur Verbesserung von potenziellen Schwachpunkten.
- Massnahmen im Bereich der elektronischen Post betreffend das Herausfiltern von nicht zulässigen Beilagen und unerwünschten Mails (SPAM).
- Sicherheitsempfehlungen für die Installation eines Extranet Portals.
- Vorbereitungen für die zukünftige Strategie der Informatiksicherheit.
- Audit betreffend die Infrastruktur des internen Datennetzwerkes, Verbesserungsvorschläge für dieses Netzwerk sowie der damit verbundenen Hardware und Datenbanken.

Weitere nennenswerte Tätigkeiten sind: die Zusammenarbeit der Verantwortlichen der Informatiksicherheit der Westschweizer Kantone im Rahmen der Schweizerischen Informatikkonferenz, die Überwachung der Einhaltung der Sicherheitsvorschriften, das Aufspüren von Sicherheitslücken mit Verbesserungsvorschlägen, die Teilnahme an verschiedenen Arbeitsgruppen, die Vertretung des Kantons Wallis in der Schweizerischen Informatikkonferenz und deren Sektion Westschweiz und Tessin.

## Direktion und Steuerung der Informationssysteme

### Projektleiter Normen und Standards

Die wichtigsten Aktivitäten des Jahres waren die folgenden:

- Leitung von verschiedenen Gruppen und Ausschüssen
- Schaffung einer Arbeitsgruppe und die Erarbeitung von Vorschriften betreffend den Informatikmitteleinsatz
- Evaluation von Lösungsvorschlägen im Bereich der SAP-Entwicklung
- Koordination und Mitarbeit an diversen Informatikprojekten
- Redaktion von 67 Vormeinungen
- Teilnahme in der Arbeitsgruppe «ICT Planer» der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK).

### Projektleiter «Filières»

- Administrative und logistische Führung «Filière SAP»
- Koordination von SAP-System-Komponenten und Installation des Moduls IS-PS-CD für die Verwaltung von Taxen und Steuern
- Beginn des Projektes der Verwaltung von Taxen und Steuern, 1. Etappe: Migration CGE
- Audit für die Zertifizierung des SAP-Kundenkompetenzzentrums
- Koordination für die Einführung des ITS SAP (Internet Transaction Serveur) für die WEB-Nutzung von SAP
- Koordination der Einführung einer SAP-Workflow-Lösung
- Verwaltung des ECM-Begleitmandats (Enterprise Content Management).

### SAP-Kompetenzzentrum (CC-SAP)

Die hauptsächlichsten Entwicklungen im Jahre 2004 waren folgende:

- Verwaltung der SAP-Lizenzen
- Verwaltung der Abonnemente der Zeitung «Resonances»
- Verwaltung der Lehrer
- Verwaltung der Finanzdelegationen
- Modell einer Dossierverwaltung
- Verwaltung der Werkstatt Ronquoz
- Bundesstatistik der Lehrer
- Verwaltung der Taxen und Steuern.

## Sektion Entwicklung

Nebst den täglichen Support- und Wartungsaufgaben können die hauptsächlichsten Tätigkeiten nach den Entwicklungsplattformen wie folgt zusammengefasst werden:

### Client/Server

Erweiterung der Entwicklungsstandards (UML), Anpassung der Kontrolle der Weinernte, Weiterführung der Projekte: e-DIKS, Kantonslaboratorium, Arbeitnehmerschutz.

### BS2000

Einrichtung eines Portales in der Entwicklungsumgebung mit der WEBTA-Technologie, Zentrales Inkasso der Quellensteuer, einjährige Steuereinschätzung mit Gegenwartsbemessung, Anpassung des Militärpflichtersatzes an die einjährige Steuereinschätzung, Anpassung der Applikation der Aktienbewertung, Zentrale Verwaltung des Eingangs und der Fristen der Steuererklärung über das Internet, Migration der Verwaltung der Patente auf SAP, landwirtschaftliche Direktzahlungen; Migration der Applikation Automobilkontrolle auf die externe Lösung CARI.

## Sektion Benutzersupport

Das Jahr 2004 galt der Konsolidierung des Einkaufssystems mit SAP. Insgesamt wurden 2004 1582 Bestellungen erfasst.

Im letzten Jahr konnte mit HP ein Vertrag unterzeichnet werden, der uns bis 42% Ermässigung für Verbrauchsmaterial für Drucker und Faxgeräte gewährt. Trotzdem wurden insgesamt CHF 413'967.- für dieses Material ausgegeben.

2004 wurden insgesamt 122 Informatikkurse organisiert. Diese Kurse fanden an 209 Halbtagen statt. 31 dieser Kurse mussten als Folge fehlender Einschreibungen annulliert werden. Insgesamt haben sich 665 Mitarbeiter für einen oder mehrere Kurse eingeschrieben. Dies bedeutet einen Rückgang der Einschreibungen von 18% gegenüber dem Vorjahr.

Die Zusammenarbeit mit der Höheren Fachschule für Wirtschaftsinformatik im Bereich Informatikausbildung wurde per Anfang Juni um ein weiteres Jahr verlängert.

## Sektion RZ und Systeme

### Neuinstallationen Hardware

- Installation Server RX800 und VMWare
- Speichererweiterung von 2 GB auf dem Server SERVEXP01
- Installation von zwei zusätzlichen Prozessoren für die Entwicklung von SAP (SAPDEV)
- Installation Solaris Primepower 450 für den Server SAPRSV
- Installation diverser Lizenzen für die Sicherungen mit Networker von ORACLE, Solaris etc.
- Ablösung der alten Verbindung zwischen der Informatik-Abteilung mit einem MX300 und der AS400 der Steuer-Verwaltung durch moderne Kommunikationssoftware
- Installation von drei neuen Druckern OCE 3090 und ablösen der alten Drucker PS158
- Installation von drei neuen Servern Solaris Primepower 450 für die Applikation FUTURA der Automobilkontrolle.

### Haupttätigkeiten

- Administration und Überwachung der Betriebssysteme SAP, Windows, UNIX/SOLARIS und BS2000
- Installation und Test SAP-Workflow
- Installation und Test SAP-IST (Internet-Zugriff)
- Installation diverser Applikationen und Basissoftware für FUTURA
- Migration der Oracle Datenbanken auf Version 9
- Administration und Überwachung sämtlicher Oracle und Sesam Datenbanken
- Integration neuer Tabellen in Oracle und Sesam
- Administration und Überwachung der zentralen Sicherungen sämtlicher Plattformen mit Hilfe der Software Networkers
- Planungsarbeiten für neues RZ
- Erstellen und Testen diverser neuer Formulare mit Lasersoft
- Mithilfe im Operating
- Support an Entwicklung und Endbenutzer
- Pikett-Dienst und dessen Überwachung, Planung der Produktionsarbeiten im RZ
- Umzug des grössten Teils der Hardware ins neue Rechenzentrum, Av. des Mayennets 4.

### Druck und Versand

- Drucken 7.5 Mio. Formulare / Kuvertieren und Versand von 2 Millionen Formularen.

## RECHTSDIENST

Die Tätigkeit des Rechtsdienstes gliedert sich in drei Hauptgebiete, nämlich den eigentlichen Rechtsdienst des Departementes, das Sekretariat der kantonalen Steuerrekurskommission und die Inkassoaufgaben.

### Rechtsdienst des Departementes

Der Rechtsdienst ist beauftragt, die allgemeinen Aufgaben und Rechtsprobleme zu behandeln, sich an der Gesetzgebungsarbeit zu beteiligen, schriftliche und mündliche Gutachten zu erstellen, Rechtsauskünfte zu erteilen, die vom Departement anzuwendende Gesetzgebung zu studieren und auszulegen, den Staat mit oder ohne Beizug von Anwälten vor Gericht zu vertreten usw. Dabei arbeitet der Rechtsdienst insbesondere mit der Dienststelle für Personal und Organisation sowie mit der kantonalen Finanzverwaltung zusammen.

Die wesentlichen Aufgaben, welche die Dienststelle ausführte, oder an deren Ausführung sie eng mitwirkte, sind folgende:

## Sektion Telecom

Die wichtigsten Aktivitäten des Jahres waren die folgenden:

- Inbetriebnahme des neuen IT-Centers
- Pilotprojekt für den Netzwerkverbund der Gemeinden
- Pilotprojekt für die Telearbeitsplätze
- Wechsel des ISP-Anschlusses von 4Mbps auf 100 Mbps/s
- Übernahme der Verwaltung der Telephonie
- Installation der Glasfasern für das MAN Martigny
- Transport und Versand von 23'000 SMS, 34'000 Fax, Internet 4.2 TByte.

## Sektion Micro-Informatik

Die Zahlen und die wichtigsten Ereignisse:

- Migration der Notebooks auf Windows XP
- Unterhalt des Informatikparks von 1700 PCs und 3200 Benutzern, welcher sich auf den ganzen Kanton erstreckt
- 2850 Interventionen von unseren Technikern
- Zentralisierung und Konsolidierung der Novell Network Server.

Neue Standorte deren Informatik von der KDI verwaltet wird:

- Konkurs- und Betreibungsämter in Sitten und Siders.

Die wichtigsten Netzwerk Projekte:

- Zentralisierung der Server dank Glasfaserverbindungen
- Konsolidierung der Verzeichnisdienste Novell (eDirectory)
- Anbindung der Server an das Speichersystem EMC2.

Die anderen Projekte:

- Projekt TFT (Ersetzen von 1100 Bildschirmen CRT)
- Umzug des Rechenzentrums
- Teilnahme und Support der Abstimmungen und Wahlen
- Pikettdienst.

### Staatspersonal

- Bericht vom 14. Juni 2004 der Arbeitsgruppe zur VPSW und RVKL. Dieser Bericht erforderte ein beträchtliches Arbeitsvolumen und formulierte zuhanden des Staatsrates konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Deckungsgrades der beiden vorerwähnten Vorsorgekassen. Er bildete Gegenstand einer breiten Information bei den interessierten Kreisen sowie eines Vernehmlassungsverfahrens. Dieses Dossier wurde anschliessend einer externen Expertengruppe zur Prüfung unterbreitet.
- Antworten des Staatsrates auf zwei Motionen zu den Vorsorgekassen des Staates Wallis.
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zur Einführung der Telearbeit in der kantonalen Verwaltung als Pilotversuch.
- Mitarbeit in Arbeitsgruppe zur Berücksichtigung der Freiwilligenarbeit bei Neuanstellungen.
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe im Zusammenhang mit Alkoholproblemen am Arbeitsplatz.
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe zur Neuüberprüfung der Qualifikationen 2003.

- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe betreffend die Dienstaltersgeschenke in der kantonalen Verwaltung.
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe für die Erarbeitung von Richtlinien zur Verwendung der Informatik-Mittel.
- Erarbeitung von rund 100 Gutachten, Berichten oder Entscheiden zuhanden des Staatsrates, des Departementsvorstehers, der Dienststelle für Personal und Organisation oder anderen Dienststellen.

#### Sozialberatung

- Mitwirkung im Beratungsteam der Sozialberatung.

#### Walliser Kantonalbank

- Prüfung des spezifischen Berichtes des Bankrevisors vom 24. März 2004.
- Bericht des Staatsrates vom 21. April 2004 zum Geschäftsjahr 2003 der WKB. Dieser Bericht enthält die Beurteilung des Staatsrates zur Strategie des Staates als Aktionär und Garant, sowie die Beurteilung zum spezifischen Bericht des Bankrevisors.
- Prüfung von juristischen Fragen im Zusammenhang mit der Erneuerung des Verwaltungsrates der WKB im Jahre 2005.

#### Finanz- und Immobilienangelegenheiten sowie Haftungsfälle

- Änderung vom 13. Mai 2004 des Gesetzes über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons. Diese als «FHG I» bezeichnete Änderung trat am 1. Dezember 2004 in Kraft. Sie erfolgte aufgrund verschiedener parlamentarischer Interventionen und trägt der Notwendigkeit einer Anpassung gewisser Bestimmungen an die praktische Erfahrung sowie an die Entwicklung im Bereich der Wirtschaft und der Gesetzgebung Rechnung.
- Gesetz vom 9. Juni 2004 über die Ausgaben- und Schuldenbremse. Dieses Gesetz, das am 1. Januar 2005 in Kraft trat, regelt die Anwendung der in Artikel 25 der Kantonsverfassung aufgestellten Grundsätze zur Ausgaben- und Schuldenbremse.
- Änderung vom 15. Dezember 2004 des Gesetzes über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons. Diese als «FHG II» bezeichnete Änderung befasst sich im wesentlichen mit der Frage der Ausweitung der Leistungssteuerung auf die gesamten Dienststellen des Staates Wallis.
- Erstellung von 80 Gutachten und schriftlichen Berichten zuhanden des Departementsvorstehers, der kantonalen Finanzverwaltung und anderen Dienststellen.
- Behandlung von 22 zivilrechtlichen Haftungsfällen des Staates, in Zusammenarbeit mit den direkt betroffenen Departementen, dem Haftpflichtversicherer des Staates und gegebenenfalls den Berufsvertretern (Advokaten).
- Vertretung der Interessen des Staates Wallis in 3 Erbschaftsfällen ohne gesetzliche Erben, bei denen es um hohe Beträge ging.

#### Vernehmlassungsverfahren

- Stellungnahme des Staatsrates vom 28. Januar 2004 zur Eidg. Vernehmlassung betreffend den ersten Teilbericht der Expertenkommission «Integrierte Finanzmarktaufsicht».
- Stellungnahme des Staatsrates vom 28. April 2004 zur Eidg. Vernehmlassung betreffend die Änderung der Bestimmung über die internationale Amtshilfe im Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel.
- Stellungnahme des Staatsrates vom 26. Mai 2004 zur Vernehmlassung betreffend den Bericht der Expertenkommission des Eidg. Finanzdepartementes zur Revision des Anlagefondsgesetzes.

#### Verfahren im Bereich der Opferhilfe

- Vertretung des Staates vor den Gerichten im Rahmen von 20 Verfahren um Schadenersatz und Genugtuung im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG).

#### Verschiedenes

- Mitarbeit in der interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Prüfung einer eventuellen Aufhebung des Rechtsmittels der Verwaltungsbeschwerde an den Staatsrat, sowie einer eventuellen Delegation der Kompetenzen der Departementsvorsteher für Entscheide mit vorwiegend rechtlichem Charakter.
- Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des System «e-DIKS».
- Antworten auf die Untersuchungen der Kommission «Strukturelle Massnahmen».

#### Sekretariat der kantonalen Steuerrekurskommission

Die Dienststelle gewährleistet das Sekretariat der kantonalen Steuerrekurskommission. Da es sich bei dieser Kommission um eine Gerichtsinstanz handelt, sind die Daten zur Tätigkeit dieser Kommission und ihres Sekretariates seit 2001 nicht mehr im Verwaltungsbericht des Staatsrates enthalten, sondern in einem eigenen Tätigkeitsbericht der Kommission, der dem Grossen Rat zur Verfügung gehalten wird.

#### Inkasso

Die Dienststelle tätigt die Rechnungstellung sowie die Fortsetzung des Inkassos für die Gerichtskosten, die den Gerichten nicht bezahlt wurden.

Die nachfolgende Statistik ergibt einen Überblick über die ausgeführten Inkassoarbeiten:

Art der Rechnungen	Anzahl	Betrag
Eintreibung von Gerichtskosten	1'635	1'128'700,45



# DIENSTSTELLE FÜR AUSSENANGELEGENHEITEN UND WIRTSCHAFTSRECHT

## Gesetzesvorbereitung

Die Dienststelle hat in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Vermessung einen Gesetzesentwurf über die amtliche Vermessung und Geoinformation sowie den entsprechenden Botschaftsentwurf vorbereitet.

## Anwendung des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht und des landwirtschaftlichen Pachtrechts

Im Jahre 2004 sind 2127 Gesuche (2003 waren es 2104 Fälle, 2002 waren es 2103 Fälle) in Form von Bewilligungen oder Feststellungsverfügungen im Sinne von Art. 83 und 84 BGGB behandelt worden. Regional verteilen sich die behandelten Fälle in 885 Entscheide auf das Oberwallis (866 Fälle in 2003, 888 Fälle in 2002) und 1242 Entscheide auf das Unterwallis (1238 Fälle in 2003, 1215 Fälle in 2002). Es kann festgehalten werden, dass die Anzahl der Dossiers von Jahr zu Jahr nur ganz minimalen Schwankungen ausgesetzt ist und der jährliche Durchschnitt der zu behandelnden Dossiers bei zweitausendeinhundert liegt.

Die Dienststelle führt eine Datenbank über die bezahlten Bodenpreise der letzten fünf Jahre aufgeteilt nach Gemeinden und Natur des Bodens. Diese Datenbank bildet eine zuverlässige Quelle für die Festlegung der höchstzulässigen Erwerbspreise für den Kauf von landwirtschaftlichem Boden und Gewerbe.

Die Dienststelle hat als zuständige kantonale Behörde in Anwendung des Bundesgesetzes über die landwirtschaftliche Pacht 10 Einsprachen der landwirtschaftlichen Kammer behandelt.

## Rechts- und Beschwerdeinstanz

Die Dienststelle hat im Jahre 2004 15 Beschwerden an den Staatsrat im Bereiche des Wirtschaftsrechts instruiert. Als Rechtsdienst für Wirtschaftsfragen hat die Dienststelle eine Vielzahl von Stellungnahmen zu Beschwerden erarbeitet und andere Dienststellen bei besonders schwierigen Einzelfällen und in der Erarbeitung ihrer gesetzlichen Grundlagen unterstützt.

Die Dienststelle beriet die Gemeinden und die Dienststellen der Kantonsverwaltung im Bereiche des öffentlichen Beschaffungswesens.

Die Dienststelle ist mit der juristischen Betreuung des kantonalen Veterinäramts beauftragt und hat im Zusammenhang mit der Anwendung des Tierseuchen- und Tierschutzgesetzes eine Vielzahl von Rechtsfragen geprüft und in Zusammenhang mit der Inkraftsetzung des kantonalen Tierschutzgesetzes materielle Unterstützungsarbeit geleistet.

Die Dienststelle hat Strafuntersuchungen in Anwendung des Reglements über die Weinstatistik durchgeführt, deren Verwaltungskompetenz beim Kantonschemiker liegt.

Die Dienststelle stellt ebenfalls das Sekretariat für die kantonale Rekurskommission für landwirtschaftliche Beiträge sicher und hat 19 Beschwerdefälle instruiert.

## Interkantonale Zusammenarbeit

Die Dienststelle bildete 2004 die Verbindungsstelle zur interkantonalen Region «Espace Mittelland» und sicherte in dieser Funktion die Zusammenarbeit mit den Kantonen Bern, Solothurn, Neuenburg, Freiburg, Waadt und Jura. Mitarbeiter der Dienststellen

arbeiten in der Chefbeamten-, Kommunikations-, Eurodelegierten- und öffentliches Beschaffungswesen-Gruppe mit.

Die Dienststelle vertritt den Kanton im interkantonalen Forum für öffentliches Beschaffungswesen und in der Westschweizer Konferenz zum öffentlichen Beschaffungswesen, welches das elektronische Informationssystem SIMAP entwickelt hat und dem praktisch alle Schweizer Kantone und der Bund als Betriebsorganisation beigetreten sind. Als Partner des Bundes beteiligen wir uns ebenfalls an der Ausarbeitung einer neuen Informatikplattform SIMAP 2.

Die Dienststelle sichert die Interessenwahrung der Nichtuniversitätskantone in der Kommission Interkantonale Universitätsvereinbarung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren.

## Gemeinschaftliche Initiative «INTERREG»

Im Rahmen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit folgt das Programm INTERREG IIIA seinen Lauf bis Ende 2006. Die verfügbaren Bundeskredite für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit sind für Projekte mit Italien ausgeschöpft und für Projekte mit Frankreich zu 92% bereits verpflichtet.

Auf Stufe der transnationalen Zusammenarbeit (INTERREG IIIB Alpenraum) sind die finanziellen Möglichkeiten ebenfalls ausgeschöpft, wo jedoch neue Projekte mit Walliser Beteiligung im Bereiche der sozialen Risikomanagement sich entwickeln.

Einzig im Rahmen der Programme INTERREG IIIC (interregionale Zusammenarbeit) sind noch Unterstützungsmöglichkeiten offen. Die Dienststelle für Landwirtschaft beteiligt sich als Partner am Projekt R.E.N.E (Netzwerk zur Information, Weiterbildung und Beratung für den ländlichen Raum in Europa).

## Grenzüberschreitende institutionelle Beziehungen

Herr Wilhelm Schnyder hat sein Mandat als Vizepräsident und Schatzmeister der Versammlung der Regionen Europas (VRE) niedergelegt. Er bleibt Mitglied der nationalen Delegation des Büros der VRE.

Der Genferseerat unter dem Präsidium von Hochsavoyen sowie der Rat Wallis-Aostatal setzen ihre regelmäßigen Aktivitäten fort.

Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen dem Königreich Butan haben sich zwei Wanderbegleiter für einen Monat nach Butan begeben, um dort Ausbildungskurse anzubieten.

Der Grosse Rat hat dem Beitritt des Kantons Wallis zum Abkommen von Karlsruhe zugestimmt, welches der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ein neues Rechtsinstrument zur Verfügung stellt, nämlich dem grenzüberschreitenden örtlichen Zweckverband. Diese ist eine öffentlichrechtliche juristische Person, welche über eine Rechtspersönlichkeit, finanzielle und statutarische Unabhängigkeit verfügt, welche es ihr erlaubt, sich selber zu organisieren.

# DIENSTSTELLE FÜR VERMESSUNG

## Allgemeines

Im Jahr 2004 zeigten sich die ersten positiven Resultate, der getroffenen Massnahmen der letzten Jahre. So werden heute die elektronischen Daten der Amtlichen Vermessung (AV) mit der Schnittstelle «INTERLIS» zwischen Geometer und Dienststelle ausgetauscht und die Daten der AV sind dank der Richtlinien von 2003 über den gesamten Kanton homogener geworden.

## Ersterhebungen, Erneuerungen, Erhaltung (prov. Numerisierung)

Seit 1998 wird zwischen Bund und Kanton jährlich eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Die in der Leistungsvereinbarung mit dem Bund festgelegten Flächenziele konnten fast vollständig erreicht werden.

Für das Nichterreichen des Flächenziels sind in erster Linie die fehlenden Zustimmungen einzelner Gemeinden für die Inangriffnahme von Erneuerungen der teil- und vollnumerischen Vermessungen verantwortlich. Es fehlen für 19 Operate immer noch die Genehmigungen der Gemeinden. 14 dieser Operate befinden sich in Gemeinden im Oberwallis mit teilweise finanziellen Schwierigkeiten. Da es sich fast ausschliesslich um Vermessungen in Bauzonen handelt, wäre es dringend notwendig diese Erneuerungen durchzuführen, damit anschliessend das eidgenössische Grundbuch eingeführt werden kann.

Es gibt einen weiteren Grund, weshalb das Flächenziel nicht erreicht wurde. In vier Gemeinden des Oberwallis wurden Arbeiten ausgeschrieben die durch den Staatsrat bis heute nicht vergeben worden sind.

Die Arbeiten für das Projekt «Landwirtschaftliche Nutzflächen» LWN wurden öffentlich ausgeschrieben und konnten bereits im Sommer 2003 vergeben werden. Das Ziel dieses Projektes ist es, die Grundlagen für die Überprüfung der Direktzahlungen in der Landwirtschaft zu erarbeiten. Die Arbeiten in den 9 LWN-Perimetern kommen teilweise nur zögerlich in Gang. Es ist bereits jetzt feststellbar, dass die Vorbereitungsarbeiten insbesondere in den Perimetern 5 (Sierre), 6 (Leuk – Westlich Raron) und 7 (Visp) zu lange dauern und somit die Gefahr von Verspätungen besteht. In diesem Projekt hat sich auch das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) finanziell beteiligt. Die vereinbarte finanzielle Beteiligung der kantonalen Dienststelle für Landwirtschaft ist immer noch ausstehend.

Um die Homogenität der Daten der amtlichen Vermessung im Kanton zu verbessern, wurden im Auftrag des Bundes im Jahr 2003 Richtlinien erlassen. Die ersten Erfahrungen mit den neuen Richtlinien und dem neuen Informatiksystem, dass seit 2003 im Einsatz steht, sind sehr positiv. In der Verifikation stellen wir fest, dass die Qualität der abgelieferten Operate bedeutend verbessert wurde und die Verifikation konnte teilweise automatisiert werden, so dass mit gleichem Personalbestand intensiver und sehr viel mehr an Operaten verifiziert werden konnte.

Durch die Erneuerungen mussten wir verschiedentlich feststellen, dass wir in den behandelten Perimetern Gebiete mit dauernden Bodenverschiebungen haben, die unbedingt im Grundbuch als solche aufgenommen werden müssen. Die heutige gesetzliche Regelung in diesem Punkt ist unbefriedigend und muss angepasst werden.

## Nachführung der Amtlichen Vermessung

Im Moment werden alle Mutationen, die innerhalb der Perimeter der amtlichen Vermessung ausgeführt werden, zur Kontrolle und Unterschrift an unsere Dienststelle gesandt. Auf Wunsch des Bundes soll diese Art der Kontrolle überdacht und geändert werden. Die teilweise dafür notwendigen gesetzlichen Grundlagen müssen zuerst geschaffen werden.

Bei der Abgabe von Daten der amtlichen Vermessung in elektronischer Form müssen die Gebühren auf einem tieferen Niveau vereinheitlicht werden. Die jetzt gültige Gebührenordnung vom 11. Oktober 1995 gibt einige Schwierigkeiten in der praktischen

Anwendung. Auch hier Bedarf die Änderung einer vorgängigen gesetzlichen Anpassung.

## GIS-Stelle (Geografisches Informationssystem)

Bereits die ersten Kontakte mit den Dienststellen, die mit geografischen Daten arbeiten, haben gezeigt, dass ein grosser Koordinationsbedarf vorhanden ist. Das grösste Problem ist, dass die Daten nicht zentral verfügbar sind und nicht in einem einheitlichen Standard vorliegen.

Wir waren völlig überrascht, als es plötzlich hiess, es müsste ein Verpflichtungskredit des Grossen Rates für die Führung des GIS-Wallis vorliegen. Die Botschaft wurde vorbereitet und dem Staatsrat zur Überweisung an den Grossen Rat bereitgestellt. Der Grosse Rat hat dann auch mit grosser Mehrheit der Einführung des GIS-Wallis zugestimmt. Zusätzlich wurde aber auf die Erstellung einer Expertise gedrängt, die die bisherigen Tätigkeiten des GIS unter die Lupe zu nehmen hatte. Durch das Vorliegen der Expertise, die sich zur bis heute durchgeführten Arbeit positiv ausspricht, hoffen wir, dass wir die Arbeit fortsetzen können und die benötigten Daten in der gewünschten Form den Kunden zur Verfügung stellen können.

Die dringend notwendigen Arbeiten wurden von der GIS-Stelle im Jahre 2004 durchgeführt. Es wurde insbesondere eine Intranet-Anwendung aufgebaut, die es den Mitarbeitern der kantonalen Verwaltung ermöglicht, Daten auf kartographischem Hintergrund mit dem Internet-Browser zu konsultieren. Diese Anwendung wird im Durchschnitt von 20 Personen täglich konsultiert und stellt eine wichtige Hilfe dar. Es wurde jedoch festgestellt, dass die Datenqualität vielfach ungenügend ist und dass die verantwortlichen Dienststellen darauf zu sensibilisieren sind. Falsche Grundlagen sind vielfach der Grund für falsche Entscheide.

Damit die gesamten Aufgaben der GIS-Stelle erfüllt werden können, müsste mehr Personal vorhanden sein und die gesetzlichen Grundlagen müssten in einem Geoinformationsgesetz neu geregelt werden.

## Fixpunkte

Im Verlaufe des Jahres konnten die Berechnungen für die neuen LV95-Punkte abgeschlossen werden und die Koordinaten wurden durch den Bund anerkannt.

Alle laufenden Vermessungen werden bereits an diese Punkte abgeschlossen und im neuen Bezugsrahmen berechnet. Dieses Vorgehen erlaubt uns Fixpunktnetze ohne Spannungen zu erstellen und somit können auch die Vorteile neuer Messinstrumente (GPS) voll genutzt werden.

## Übersichtsplan

Der Übersichtsplan liegt als flächendeckende Pixelkarte vor und wird in den Massstäben 1 : 5'000 und 1 : 10'000 abgegeben. Die Nachführung dieser Produkte muss neu geregelt werden, weil der Aufwand mit der jetzigen Methode zu teuer und zu schwerfällig ist.

## Planzentrale

Die Nachfrage für Planauszüge des Übersichtsplanes in Papierform lässt immer mehr nach und die Gebührenordnung muss unbedingt angepasst werden.

## Tätigkeiten der Kommissionen

### Kantonale Nomenklaturkommission

Die Kommission kam in den Gemeinden zum Einsatz, in denen amtliche Vermessungen in Arbeit sind.

### Vormeinungskommission im Falle von Grenzstreitigkeiten zwischen Gemeinden

Diese Kommission wurde nicht erneuert, da im Moment kein Handlungsbedarf gegeben ist und die Aufgaben neu definiert werden müssen.

### Gesetzliche Grundlagen

Bei vielen Punkten wurde darauf hingewiesen, dass wir eine neue gesetzliche Grundlage benötigen, deshalb haben wir bereits im Jahr 2003 mit der Erarbeitung eines neuen Gesetzes begonnen.

Der Entwurf des total revidierten Gesetzes über die amtliche Vermessung und Geoinformation wurde Ende April 2004 bei interessierten Kreisen und den Gemeinden in die Vernehmlassung geschickt.

Die bis im Juni 2004 eingegangenen Stellungnahmen wurden gesich-

tet, geordnet und anschliessend ans Departement weitergeleitet. Dieses entschied, den Gesetzesentwurf erst in der neuen Legislaturperiode 2005-2009 vor den Grossen Rat zu bringen.

Damit wurden auch die Arbeiten an der im Gesetz vorgesehenen Verordnung über die amtliche Vermessung vorläufig gestoppt.

Durch diese Verzögerungen sind wir in vielen Gebieten behindert und können nicht weiterarbeiten.

## DIENSTSTELLE FÜR GRUNDBUCHÄMTER

### Grundbuchämter

Kennzeichnend für die Dienststelle war für das Jahr 2004 die Zunahme bei den Grundstücksgeschäften. Die Zunahme macht bei der Anzahl Transaktionen um die 4 % und betragsmässig mehr als 14 % aus.

#### Tätigkeit der einzelnen Grundbuchämter

	BRIG	LEUK	SIDERS	SITTEN	MARTIGNY	MONTHEY	TOTAL
Eintragungen im Tagebuch	10'032	4'500	11'064	19'793	* 9'492	7'952	62'833
Eigentumsübertragungen	3'688	2'060	3'399	5'887	4'018	2'131	21'183
Hypothekar Eischreibungen	1'800	602	1'630	2'374	2'066	1'590	10'062
Grundbuchauszüge**	8'734	5'609	5'609	6'258	7'745	8'156	41'541
Erhobene Grundbuchgebühren	2'714'949	984'726	2'508'328	3'201'666	3'341'784	1'949'684	14'701'137

\* Die relativ tiefe Anzahl Tagebucheintragungen im Grundbuchamt Martigny rührt daher, dass dieses Grundbuchamt, als Pilotprojekt, das Tagebuch informatisiert führt.

\*\* Die relativ tiefe Anzahl Grundbuchauszüge in den Grundbuchämtern Sitten, Sidiers und Brig, im Verhältnis zu den Eigentumsübertragungen und Hypothekareinschreibungen, erklärt sich dadurch, dass das eidgenössische Grundbuch in deren Kreisen nur für ein kleines Gebiet eingeführt ist; man müsste diesen Zahlen mehr als 15'000 Lastenverzeichnisse hinzufügen betreffend diejenigen Gemeinden, in welchen das eidgenössische Grundbuch noch nicht eingeführt ist.

#### Tätigkeit der (den Grundbuchämtern zugewiesenen) Einregistrierungsämter

	BRIG	LEUK	SIDERS	SITTEN	MARTIGNY	MONTHEY	TOTAL
Anzahl Einregistrierungen	6'986	2'950	5'982	9'998	6'490	4'700	37'106
Erhobene Einregistrierungsabgaben	8'921'580.-	2'147'166.-	8'627'660.-	12'448'296.-	12'236'841.-	6'907'676.-	51'289'219.-

Die Zunahme bei den Geschäften im Immobilienbereich im Jahre 2004 hat im Vergleich zum Jahre 2003 mehr Fiskaleinnahmen bei den Einregistrierungsabgaben (ungefähr + 15 %) mit sich gebracht. Der Einnahmewachstum betrifft vorwiegend die Grundbuchämter Brig, Sitten, Martigny und Monthey.

## Situation auf dem Immobilienmarkt im Jahre 2004

Grundbuchamt	Anzahl Eigentumsübertragungen	Beträge Fr.
Brig	3'688	662'903'000.-
Leuk	2'060	151'368'000.-
Siders	3'399	573'789'000.-
Sitten	5'887	670'872'000.-
Martigny	4'018	797'457'000.-
Monthey	2'131	440'463'000.-
TOTAL	21'183	3'296'852'000.-

Der Gesamtbetrag beläuft sich im Jahre 2004 auf schätzungsweise über 3,5 Milliarden Franken, wenn man die Beträge aus den Übertragungen von Anteilen an Gesellschaften, welche Grundstücke eignen, und welche nicht in den Statistiken der Grundbuchämter figurieren, hinzuzählt.

### Minuteninspektion bei den Walliser Notaren und Archive der Notariatsminuten

Die Grundbuchverwalter haben bei ungefähr 250 Notaren Minuten- und Schreibstubeninspektionen vorgenommen. Die Grundbuchverwalter führen, in Zusammenarbeit mit dem Kantonsarchiv, die Archive der Notariatsminuten.

## Grundbucheinführung

Grundbucheinführungsarbeiten sind in den Gemeinden St-Niklaus, Zermatt, Gampel, Grächen, Eischoll, Varen, Montana, Chermignon, St-Léonard, Nendaz, Ayent, Conthey, Isérables, Riddes, Martigny-Combe, Leytron, Fully, Bovernier, Orsières, Liddes, Finhaut, Salvan und St-Gingolph im Gange.

Das Grundbuch wurde in der Gemeinde Salgesch (teilweise) eingeführt.

Die Zahl der zur Grundbucheinführung bereiten Grundbuchvermessungslose ist sehr gross. Ohne bedeutende, zusätzliche finanzielle Mittel für Personal und Informatik wird dieser Rückstand nicht kleiner.

## Informatisierung der Grundbuchämter

### Capitastra Martigny

In der Gemeinde Riddes (9'000 Grundstücke) wurde die Informatisierung fortgesetzt. Im Anschluss wurden die Einträge verifiziert und validiert. Im Verlaufe des Jahres wurde die Gemeinde Vollèges (4'000 Grundstücke) informatisiert sowie die Einträge verifiziert und validiert. Gegen Ende des Jahres wurde mit der Informatisierung der Gemeinde Leytron (7'500 Grundstücke) begonnen.

### Capitastra Siders

In der Gemeinde Venthône (2'200 Grundstücke) wurde die Verifikation der Einträge abgeschlossen. In den Gemeinden Chippis (2'100 Grundstücke) und Miège (2'100 Grundstücke) ist die Informatisierung erfolgt und die Einträge sind verifiziert worden. In der Gemeinde Grimontz (1'400 Grundstücke) ist die Informatisierung abgeschlossen; die Einträge werden gegenwärtig verifiziert. Die Informatisierung der Gemeinde Vissoie (1'300 Grundstücke) ist abgeschlossen; die Einträge müssen noch verifiziert werden.

Die Informatisierung der Gemeinde Chermignon (10'000 Grundstücke) erfolgt gegenwärtig über die Grundbucheinführung Mittelwallis.

### Capitastra Brig

Die Einträge betreffend die Gemeinden Embd (1'000 Grundstücke) und Simplon (2'500 Grundstücke) sind verifiziert worden. Die Gemeinde Saas-Fee (6'300 Grundstücke) wird gegenwärtig informatisiert.

Die Informatisierung der Gemeinde St. Niklaus (5'800 Grundstücke) erfolgt gegenwärtig über die Grundbucheinführung Oberwallis. Insgesamt werden jetzt 14 Gemeinden im Kanton über Capitastra informatisiert geführt.

30 % der Anmeldungen im Grundbuchamt von Martigny werden über Capitastra informatisiert behandelt.

93'000 Grundstücke sind im System Capitastra erfasst, davon 57'851 operabel.

## Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Das kantonale Grundbuchinspektorat, als erstinstanzliche Bewilligungsbehörde, hat den Eingang vom 1'287 Gesuchen zu verzeichnen und es hat 863 Verfügungen über Erwerbe von Grundstücken durch Personen im Ausland im Gesamtwert von Fr. 364'920'354.- erlassen. Die diesbezüglich erhobenen Kanzleigeühren beliefen sich auf Fr. 546'550.-.

Die Zahl der im Jahre 2004 eingegangenen Gesuche ist im ganzen Kanton merklich gestiegen. Trotz der in Kraft getretenen «Motion Epiney» ist die Nachfrage nach Ferienwohnungen grösser als das dem Kanton Wallis zugeteilte Kontingent.

## Walliser Testamentszentrale

Die Walliser Testamentszentrale hat im Jahre 2004 1'367 Testamente angezeigt erhalten.

Sie selber hat 507 Anzeigen an Gemeinderichter und 591 an Notare vorgenommen.

Die Zivilstandsbeamten haben der Zentrale 2'483 Todesmitteilungen gemacht.

Die Testamentszentrale hat Fr. 47'620.- an Kanzleigeühren erhoben. Dieser Betrag deckt die Kosten dieser Zentrale.

## Schlussbemerkungen

Die im Jahre 2000 begonnene Informatisierung des Grundbuches wurde im Jahre 2004 weitergeführt. Im Jahre 2005 soll mit der Informatisierung in den Grundbuchkreisen Monthey und Sitten begonnen werden; allenfalls auch im Grundbuchkreis Leuk, wenn dieses letzte Grundbuchamt ans kantonale Netzwerk angeschlossen wird.

Das neue Notariatsgesetz, das Expropriationsgesetz und, voraussichtlich, das zu ändernde Wertstempelgesetz werden für die Grundbuchämter neue Aufgaben bringen, welche, zur gehörigen Erfüllung, neue Ausgaben an Personal und Material bedingen.

Das Total der im Jahre 2004 erhobenen Abgaben (inklusive Wertstempel) erreicht die Summe von über Fr. 66'000'000.-.

## DIENSTSTELLE FÜR LANDWIRTSCHAFT

In diesem Jahr hat sich die Dienststelle für Landwirtschaft hauptsächlich auf folgende Tätigkeitsbereiche konzentriert:

- Umsetzung und Interessenverteidigung des Wallis und der Walliser Landwirte im Rahmen der Neuen Agrarpolitik des Bundes (AP 2007) und Inangriffnahme der Strategien für die nächste Etappe von AP 2011
- Weitere Umsetzung der Empfehlungen der strategischen Studien, die der Staatsrat in Auftrag gegeben hat (Institut für Agrarwirtschaft und Weinbau) und Evaluation der Auswirkungen der vollzogenen Massnahmen
- Anwendung der Bundesgesetzgebung, des neuen Reb- und Weinbaubeschlusses sowie Beginn der Revisionsarbeiten des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes
- Reorganisation der Tätigkeitsbereiche der Dienststelle und einzelner Ämter auf der Grundlage der Neuen Verwaltungsführung e-DIKS des Staates Wallis
- Unterstützung von Entwicklungsprojekten, die auf der Basis der Nachhaltigkeit, Ökonomie – Ökologie – Soziales, aufgebaut sind.

Die Hauptaufgabe der Dienststelle für Landwirtschaft ist die Förderung einer nachhaltigen und qualitätsorientierten Walliser Landwirtschaft, die den Bedürfnissen des Marktes und der Konsumenten entspricht und die Belange der Umwelt berücksichtigt.

Ihre Tätigkeiten entsprechen den Richtlinien der Regierungspolitik 2002-2005. Darunter erwähnen wir insbesondere:

- Anwendung des neuen Reb- und Weinbaubeschlusses mit den Partnerorganisationen: Branchenorganisation des Reb- und Weinbaus (BORW), Vitival und privaten Fachleuten und Beginn der Studie über die Terroirs des Walliser Rebberges
- Weiterverfolgung der Umstellung des Rebberges und Erneuerung der Obstanlagen mit einer Diversifizierung der Kulturen und einer optimalen Sortenwahl
- Unterstützende Verteidigung des Dossiers Raclette GUB-AOC mittels Stellungnahmen zu Händen der Eidgenössischen Rekurskommission und durch die aktive Teilnahme an Einigungssitzungen mit dem Bundesamt für Landwirtschaft und den Beschwerdeführern
- Einrichtung eines Beobachtungsnetzes für Landwirtschaftsbetriebe mit einer ersten Erfassung von Daten bei 15 Betrieben
- Aktive Mitarbeit und Interessenvertretung bei der Inwertsetzung der Terroir-Produkte in der Westschweiz
- Erarbeitung eines neuen Entwicklungsprojektes für den ländlichen Raum und eines Absatzkonzeptes für die einheimischen Produkte im Eringertal. Dieses soll für die Ausarbeitung der Anwendungsbestimmungen für den Artikel 93, Absatz 1 des Bundesgesetzes über die Landwirtschaft dienen
- Vertretung der Interessen der Landwirtschaft und Begleitung des Expertenmandates im Rahmen des Projektes der dritten Rhonekorrektur R3
- Unterstützende Begleitung der Landwirte hinsichtlich der Änderungen der Anwendungsbestimmungen des neuen Bundesgesetzes über die Landwirtschaft (AP 2007), insbesondere im Zusammenhang mit der Aufhebung der Milchkontingentierung
- Technische und finanzielle Unterstützung für die Einsetzung einer Produktkette «Walliser Fleisch» und Durchführung eines Mastversuches mit Tieren der Eringerrasse
- Nachforschung und Veröffentlichung einer detaillierten Broschüre zur Hundertjahrfeier des Meliorationsamtes im Wallis
- Festlegung der Aufgabe und Ausrichtung der landwirtschaftlichen Gutbetriebe auf die Grundlagen der neuen Agrarpolitik (AP 2007) und auf die Besonderheiten der Walliser Landwirtschaft
- Gewährleistung einer qualitätsorientierten Ausbildung in den beiden Bildungszentren bei stabilen Schülerzahlen und schliesslich noch die Renovation des Zentrums Châteauneuf.

## Amt für Betriebsberatung

### Nachhaltige Entwicklung

Das Amt für Betriebsberatung ist an verschiedenen Projekten beteiligt, mit dem Ziel die Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft zu fördern und zur Erhaltung der Betriebe im Berggebiet beizutragen. Die Zukunft der Landwirtschaft im Tal von Illiez nach der Aufhebung der Milchkontingentierung, die Integration des Primärsektors in der Regionalentwicklung im Eringtal (Val d'Hérens), die Suche nach gewinnbringenden Tätigkeiten im Agrotourismus fordern von den Mitarbeitern des Amtes für Betriebsberatung eine ständige Begleitung der zuständigen Organisationen sowie der Bauernfamilien.

Im Rahmen der dritten Rottenkorrektur (R3) und der sektoral eingesetzten Kommissionen ist das Amt in der Begleitgruppe R3-Landwirtschaft integriert (Verteidigung der Interessen der Landwirtschaft und Begleitung der Expertenmandate).

Im Rahmen der Ökoqualitätsverordnung konnte das erste Vernetzungsprojekt in Zusammenarbeit mit den Landwirten in Ried-Mörel abgeschlossen werden. Zwei weitere umfangreiche Vernetzungsprojekte im Oberwallis sind zudem weit fortgeschritten, beziehungsweise in Ausarbeitung.

## Amt für Viehwirtschaft

### Sektion Tierzucht

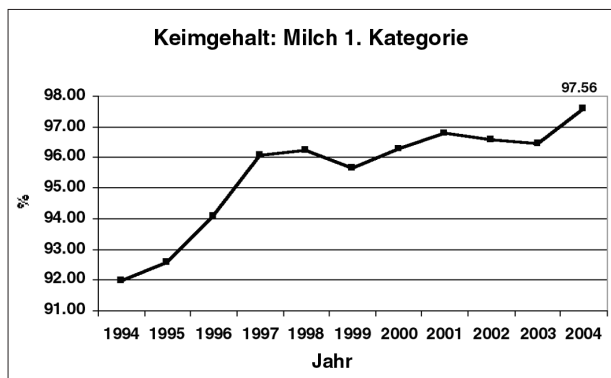
Der Bericht über die von der RAC durchgeführte Studie «Optimale Nutzung der Schafalpen mit ständiger Behirtung» wurde fertig gestellt. Die Vorschläge und Schlussfolgerungen dieses Berichtes ermöglichen eine verbesserte und nachhaltige Nutzung dieser Alpen.

In seinem Bericht «Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Walliser Landwirtschaft» schlägt Professor Lehmann als eine mögliche Strategie für den Sektor Fleisch die Entwicklung einer mit Label versehenen Fleischproduktion vor. Dementsprechend und zur Unterstützung der Bestrebungen der Züchter in diese Richtung hat die Dienststelle für Landwirtschaft entschieden:

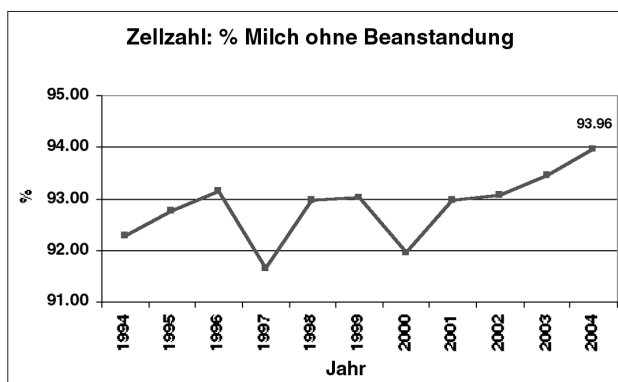
- den Aufbau einer Wertschöpfungskette «Walliser Fleisch» praktisch und finanziell zu unterstützen
- einen Mastversuch mit Tieren der Eringerrasse durchzuführen, um über konkrete Werte und Informationen für das noch zu erstellende Pflichtenheft zu verfügen.

### Sektion Milch

Die Qualität der während des Jahres 2004 gelieferten Milch erreichte das höchste Niveau seit der Einführung der Qualitätskontrolle im Jahre 1973. Dies gilt sowohl für den Keimgehalt wie für die Zellzahlen.







Der MIBD wurde im Juli 1999 als Inspektionsorgan gemäss der Norm EN 45004 akkreditiert. Diese Akkreditierung wurde am 18. Juni 2004 anlässlich des Audits der SAS für 5 weitere Jahre erneuert.

## Amt für Agrarkredite

Die eingesetzten Geldmittel zu Gunsten von Investitionskrediten und Betriebshilfedarlehen belaufen sich auf Fr. 132 Mio. Im Jahr 2004 wurden 50 Investitionskredite mit einem Gesamttotal von Fr. 10.2 Mio. gewährt, sowie 6 Betriebshilfedarlehen für Fr. 1.6 Mio. Die Rückzahlungen belaufen sich auf Fr. 16 Mio. Der aktuelle Kassa-Saldo per 31.12.2004 beläuft sich auf Fr. 40 Mio. für die Investitionskredite und auf Fr. 7 Mio. für die Betriebshilfedarlehen. Im Buchhaltungsjahr 2004 musste, wie bereits 2003, kein Verlust auf bestehende Kreditpositionen verbucht werden.

## Amt für Direktzahlungen

Die Anwendung der Verordnungen betreffend der Direktzahlungen, der Sömmerungsbeiträge, der ökologischen Qualität (ÖQV) und Anbauprämien, sowie die Einführung des LN-Projektes, bildeten einen wichtigen Bestandteil der ausgeführten Arbeiten durch die Mitarbeiter des Amtes.

Die verschiedenen Verordnungen wurden auch als Grundlagen bei der Vorbereitung der Informationssitzungen der Ackerbaustellenleiter der Gemeinden, der Bewirtschafter und der verschiedenen Kontrollen in den Gemeinden herangezogen.

Die Verwaltung des Rebregisters beinhaltet die Mutationen für 120'000 registrierte Parzellen mit Weinbau, aufgeteilt auf 21'000 Eigentümer.

Für die Ausrichtung der Direktzahlungen mussten 330'000 Parzellen, aufgeteilt auf 4'500 Betriebe, geprüft werden, davon waren 3'793 Betriebe berechtigt Direktzahlungen zu beziehen.

	2003	2004
Pflanzenbau	Fr. 178'870.-	Fr. 161'830.-
Hangbeiträge	Fr. 5'521'925.-	Fr. 5'503'927.-
Sömmerung	Fr. 7'649'330.-	Fr. 7'354'234.-
RGVE Beiträge	Fr. 13'933'885.-	Fr. 13'887'457.-
TEP Beiträge	Fr. 21'178'505.-	Fr. 21'062'260.-
Rebbau in Steillagen	Fr. 5'916'093.-	Fr. 6'016'908.-
Flächenbeitrag	Fr. 45'780'326.-	Fr. 45'400'283.-
Oekologischer Ausgleich + extensio	Fr. 3'106'864.-	Fr. 3'071'854.-
BIO	Fr. 1'156'308.-	Fr. 1'182'732.-
RAUS	Fr. 2'365'091.-	Fr. 2'512'554.-
BTS	Fr. 220'431.-	Fr. 241'556.-
ÖQV	Fr. 362'405.-	Fr. 368'055.-
Kürzungen - Nachzahlungen	Fr. -1'595'458.-	Fr. -1'238'228.-
Total	105'774'575.-	105'525'422.-

## Amt für Obstbau

Der Bundesrat hat die Obst- und Gemüseverordnung geändert und führt eine neue Bestimmung ein. Diese sieht vor, sich mit 25% an den Investitionskosten des Pflanzenkapitals bei Umstellung der Kulturen zu beteiligen. Unser Amt hat 10 Produzenten bei der Zusammenstellung ihrer Dossiers unterstützt. Die Bundeshilfe von Fr. 211'000.-- wird dabei für eine Fläche von 7,2 Hektaren beansprucht, welche sich auf Pflaumen, Spargeln und Tafeltrauben verteilen.

Im Frühjahr 2004 wurde von der Landwirtschaftlichen Schule ein neues Frostschutzsystem getestet. Bei einem Verbrauch von 300 Kg Propangas pro Stunde und Hektar konnten die Minustemperaturen um 3 bis 3,5°C erhöht werden. Das Interesse für die Anwendung dieses Systems ist sowohl bei den Produzenten als auch beim Handel groß; im Jahre 2005 werden deshalb einige Systeme in der Praxis funktionieren.

Die Vermarktung der Aprikosen des Jahres 2004 hat der Diversifizierung Recht gegeben. Mit neuen Sorten wird diese seit mehr als 10 Jahren gesucht und erlaubt heute eine korrekte Entlohnung der Handelspartner. Die Wahl fällt auf die Sortenvielfalt und die Optimierung eines quantitativen und qualitativen Potentials.

In Anbetracht der gestiegenen Marktansprüche und der Notwendigkeit der Rationalisierung ist eine Beobachtung des Verhaltens der Kulturen auf Substrat für Tomaten und Erdbeeren geschaffen worden. Empfehlungen und Beobachtungen sind sowohl in Châteaufort als auch bei Produzenten durchgeführt worden.

## Weinbauamt 2004

### Weinberg und Wein

Seit Einführung des kantonalen Rebregister im Jahre 1990 ist es möglich die Entwicklung der Rebbaupflanzung im Walliser Rebberg zu verfolgen. Im Jahre 2004 belegen der Pinot noir (35%) der Chasselas (Fendant) (28%), der Gamay (16%) und der Rhin (Johannisberg) (4%), 83% der kantonalen Rebfläche (5'193 ha). Die Mehrheit der Rebsorten sind weisse, aber die roten Sorten belegen die grössere Fläche (59% oder 3'081 ha).

### Rebkataster

Wie im Bundesgesetz vorgesehen ist der Kanton für den Rebkataster verantwortlich. Dieses Jahr wurden 14 Gesuche mit einer Fläche von 47'433 m<sup>2</sup> bewilligt. 3 Gesuche zur ausschliesslich Produktion von Tafeltrauben ausserhalb der Rebbauzone wurden für eine Fläche von 28'552 m<sup>2</sup> bewilligt.

### Umstellung im Weinbau

Der vom Bund bereitgestellte Betrag für das Jahr 2004 belief sich auf Fr. 1'511'936.--

314 Antragsteller haben von dieser Unterstützung zur Umstellung im Weinbau mit einer Totalfläche von 550'180 m<sup>2</sup> profitiert. Die angemeldete Fläche für die Kampagne 2005 beläuft sich auf 421'027 m<sup>2</sup>.

### Erhalt von Walliser Erbgut

Verstärkte Beobachtung und analytische Kontrollen der Parzelle von Edelreiser des Cornalin und Ermitage. Kontrolle der Parzellen im Rebberg die mit Setzlingen der «Selection Valais» angepflanzt wurden. Entnahme von Schnitthölzern bei alten Rebstöcken der Selektion Sylvaner-Rhin zur Veredelung.

### Studie über das Terroir

Beginn der Phase «Boden» bei der Studie über das Terroir im Walliser Rebberg und Überlegungen über die klimatische Studie. Ein Betrag von Fr. 727'000.-- wird durch die Branchenorganisation der Walliser Weinwirtschaft BWW (51%) und den Kanton (49%) bis zum Jahre 2007, investiert.

### Beratung und Versuche im Weinbau

Studie über das Verhalten des Pinot noir in 10 repräsentativen Lagen des Walliser Rebberges. 4. Vinifizierung der verschiedenen Parzellen. Versuche der Vinifizierung zur optimalen Reifebestimmung der Rebsorte Pinot noir in Salgesch bei drei verschiedenen Lesedaten in Zusammenhang des natürlichen Zuckergehaltes bei (88°OE, 95°OE und 100°OE). Kontrolle der Wüchsigkeit und der Gelbsucht beim Chasselas-Fendant und Pinot noir auf 15 Unterlagen in 5 Parzellen in der Region von Siders-Salgesch bei denen die Böden stark Chlorose empfindlich sind. Interpretation der Bodenanalysen sowie Düngeberatung bei den Vitivalmitgliedern.

### Landgut und Staatskellerei Grand-Brûlé

Die kultivierte Fläche des Landgutes beträgt 127'062 m<sup>2</sup> (5'040 m<sup>2</sup> Jungreben). Die im Ertrag stehenden Reben ergaben mit einem Gewicht von 112'409 kg. 0.921 kg/m<sup>2</sup> Trauben. Dies ist 4.7 % mehr als der 10-Jahresdurchschnitt. Der Gutsbetrieb beteiligte sich an der Bewirtschaftung der Parzellen für die Edelreiser zur Erhaltung einer genetischen Vielfalt der Rebsorten im Walliser Weinberg. Ebenfalls beteiligt es sich beim Unterlagenversuch der Rebsorten Cornalin und Syrah sowie der Studie über das Verhalten des Pinot noir und der interspezifischen Rebarten (Regent, Bianca, und Seyval).

### Meliorationsamt

Gemäss dem Staatsratsentscheid vom 04. Dezember 2002 und den Anweisungen der Staatskanzlei vom 07. Dezember 2004 dient der Controllingbericht mit den veröffentlichten Zahlen als Verwaltungsbericht.

### Landwirtschaftliche Schule Châteauneuf

Beim Schulbeginn am 18. Oktober 2004 war der Schülerbestand mit 115 Schülern auf einem guten Niveau. 24 Weinküferlehrlinge verteilt auf 3 Ausbildungsjahre bedeuten einen Rekord. Nach 80 Jahren guter Dienste, erfuhren die Klassenzimmer die notwendig gewordene Erneuerung.

Die Führung des Hauses, der Küche sowie des Aufenthaltsraumes für die Berufsschule für Pflege und Hauswirtschaft (früher Haushaltungsschule) wird durch die landwirtschaftliche Schule sichergestellt. Die Schule für Pflege und Hauswirtschaft erfreut sich einer grossen Nachfrage, mit 280 Schülern ist sie voll belegt. Gesamthalt besuchen ca. 420 Schüler den Ausbildungsplatz von Châteauneuf.

### Gutsbetriebe

Das Landwirtschaftsjahr 2004 kann in Bezug auf die Quantität und die Qualität als gut bezeichnet werden. Dennoch fällt ein Schatten auf dieses Bild. Die Preise im Ackerbau und der Milchwirtschaft sind immer noch fallend.

Im Gegensatz zur Hitzewelle 2003 wurde die Rebe von normalen klimatischen Bedingungen begünstigt und ergab einen ausgezeichneten Ertrag. Die ersten Degustationen des Jahrgangs 2004 zeigen sich viel versprechend. Im Weissektor ist die Nachfrage mit stabilen Preisen beständig.

Die Obsternte war normal und die Preise dürften sich auf einem guten Niveau halten.

Für die Viehzucht war das Jahr günstig, die Preise haben sich auf einem interessanten Niveau gehalten. Beim Ackerbau und der Milchwirtschaft haben wir erneut eine Preiseinbusse hinnehmen müssen.

Die zur Schule gehörenden Domänen von Châteauneuf und les Barges, bleiben eine unersetzliche Institution für die theoretische und praktische Ausbildung.

## Landwirtschaftszentrum Visp, Sektion Bildung

### Unterricht und Internat

In guter Zusammenarbeit mit der Schule in Châteauneuf und der Dienststelle für Landwirtschaft sind wir in der Lage, die Bedürfnisse der Oberwalliser Landwirtschaft in Fragen der Aus- und Weiterbildung abzudecken.

Die Landwirtschaftliche Orientierungsschule bereitet viele Jugendliche auf die zukünftigen Aufgaben in Landwirtschaft, Landschaftspflege und Tourismus vor. Auch 7 Schülerinnen und Schüler aus dem Welschwallis sind in der Klasse integriert.

Die Klasse Berufsschule für Landwirte inkl. Zweitausbildung besuchen gegenwärtig 16 Schüler. Acht Kandidaten haben im Sommer 04 erfolgreich die Lehre abgeschlossen und 7 sind neu in die landwirtschaftliche Ausbildung eingestiegen. Der Unterrichtsstoff wird laufend den Neuerungen in der Agrarpolitik und Erkenntnissen der Forschung angepasst und in Modulen vermittelt. Dies ermöglicht die problemlose Integration der Zweitausbildung in die bestehende Berufsschule. Dadurch werden Lehrkräfte eingespart. Den landwirtschaftlichen Fachunterricht erteilen mehrheitlich die Betriebsberater, welche durch ihre Beratungstätigkeit einen direkten Bezug zur Praxis aufweisen. Dies ist eine Stärke unserer Schule. Im Rahmen der Betriebsleiterschule haben wir mit Erfolg die Module Betriebskalkulation und Finanzierung, Angewandte Unternehmensführung und Begleitung der Betriebsstudie durchgeführt. Ein Kandidat hat die Berufsprüfung geschafft, 4 Kandidaten haben mit Erfolg die Meisterprüfung abgelegt. Der modulare Aufbau der Betriebsleiterschule ermöglicht den Teilnehmern laufend Neueinstieg und Abschluss.

Für die Erwachsenenbildung organisierte das Landwirtschaftszentrum wiederum ein umfangreiches Programm. Im Angebot standen 50 Kurse zur Auswahl und 1228 Teilnehmer belegten einen Kurs. Das Pilotprojekt Nebenerwerbslandwirtschaft verläuft erfolgreich. 26 Teilnehmer besuchen den ersten Kurs, 27 den zweiten. Der Besuch von mindestens 90 Lektionen ist Pflicht zur Erlangung eines kantonalen Ausweises.

Der fünf-tägige Kurs für Kleinviehhirt wurde mit Erfolg durchgeführt. Die gründliche Kursevaluation dient als Grundlage für den neuen Kurs im Frühling 2005.

Die Zertifizierung im Januar 2003 nach ISO 9001:2000 und vor allem die lange Vorbereitung der Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung zeigt positive nachhaltige Wirkung. Verschiedene Arbeitsabläufe wurden vereinfacht und die Verfahrensanweisungen und Einheitsformulare erweisen wertvolle Dienste.

### Gutsbetrieb

Der Betrieb dient als Übungs- und Demonstrationsobjekt in der landwirtschaftlichen Grund- und Weiterbildung. 1996 stellte der Betrieb auf Integrierte Produktion um. Die Milchkühe und die Jungtiere wurden mit Erfolg auf dem Simplon gesömmert.

Die Bodenhaltung der Hühner wirkt sich positiv auf den Eierabsatz aus. Zirka 35% der Eierproduktion konnten im Direktverkauf abgesetzt werden.

Die Erträge im Pflanzenbau waren gut. Die Roggenernte war sehr hoch, die Silomaisenernte normal. Im Weinberg Sonnenmatte betrug die Ernte 1.060 kg / m<sup>2</sup>. Das Traubengut war von guter Qualität.

Im Gartenbau bestätigte sich der Erfolg beim Direktverkauf von Blumen, Gemüsesetzlingen und Jungbäumen im modernisierten Verkaufsladen. Die Ställe und Einrichtungen auf dem Gutsbetrieb entsprechen den gegenwärtigen Tier- und Gewässerschutzvorschriften. Die Aufzucht der Kühen erfolgt in Absprache mit den Verantwortlichen seit Januar 2004 auf dem Gutsbetrieb in Châteauneuf.